



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2014**

Lukas Krüdener

**Der Dritte Weg in der Kritik.  
Die Kontroverse  
Anthony Giddens –  
Chantal Mouffe**

---

Bachelorarbeit bei  
PD Dr. Christian Schwaabe  
WS 2013/2014

Bachelorarbeit für den BA-Studiengang Politikwissenschaft an  
der LMU München

# Der Dritte Weg in der Kritik

Die Kontroverse Anthony Giddens - Chantal Mouffe

## **Verfasser**

Lukas Krüdener

Matrikelnummer: 10371194

Schönstraße 25b

81543 München

Email: [lukas.kruedener@gmx.net](mailto:lukas.kruedener@gmx.net)

Telefon: +49 (0) 172 8172 622

## **Gutachter**

PD Dr. Christian Schwaabe

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft

Lehrstuhl für Politische Theorie und Philosophie

Oettingenstraße 67

80538 München

Email: [schwaabe@lrz.uni-muenchen.de](mailto:schwaabe@lrz.uni-muenchen.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>II.</b>	<b>Die Chancen eines „linken Projektes“ der Gegenwart</b>	<b>6</b>
1.	Anthony Giddens	6
1.1	Die Krise der sozialen Demokratie	6
1.2	Die Dilemmata der Gegenwart	9
1.3	Der Dritte Weg	13
2.	Chantal Mouffe	17
2.1	Antagonismus, demokratisches Paradox und hegemoniale Ordnung	18
2.2	Die „agonistische“ Zählung	22
2.3	Radikale und plurale Demokratie	24
3.	Der Dritte Weg in der Kritik und die Chancen eines linken Projektes	27
3.1	Kollektive Identitäten in einer individualisierten Gesellschaft	27
3.2	Die Links-Rechts-Unterscheidung und die soziale Ungleichheit	31
3.3	Kapitalismus und Globalisierung	34
<b>III.</b>	<b>Fazit</b>	<b>40</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>43</b>
	<b>Eigenständigkeitserklärung</b>	<b>44</b>

## I. Einleitung

Der britische Soziologe Anthony Giddens galt um die Jahrtausendwende als Spiritus Rector einer „neuen Linken“. Mit seinen Veröffentlichungen *Beyond Left and Right* sowie *The Third Way* schuf er das theoretische Konzept für eine „Erneuerung der sozialen Demokratie“. In beiden Publikationen analysiert Giddens die sozio-ökonomischen Revolutionen der vorangegangenen Jahrzehnte, angesichts derer seiner Meinung nach viele Konzepte der „alten Linken“ nicht länger funktionieren können. Demnach entzögen sich insbesondere in gesellschaftlicher, privater und auch ethischer Hinsicht zahlreiche, für den Menschen der Gegenwart relevante Fragen dem bisherigen politischen Antagonismus, sodass die Trennlinie zwischen politisch links und rechts zunehmend an Relevanz verlöre. Gleichzeitig fordert er die Sozialdemokratie auf anzuerkennen, dass es sich bei Kapitalismus, Globalisierung und einer fortschreitenden gesellschaftlichen Individualisierung schlichtweg um Phänomene der Moderne handle, deren Existenz hinzunehmen sei und an denen sich eine zeitgemäße sozialdemokratische Politik auszurichten habe. Giddens sieht in dem daraus resultierenden Abschied von vielen klassischen linken Werten wie einer allgemeinen Marktskepsis oder einer Präferenz für kollektive Lösungen gesellschaftlicher Herausforderungen keineswegs eine Gefahr, sondern vielmehr eine Chance für die Modernisierung der sozialdemokratischen Identität und auch dafür, gesellschaftspolitisch wieder mehrheitsfähig zu werden.

Giddens Plädoyer für einen „Dritten Weg“, für eine politische Alternative zum Sozialismus alter Schule und zum, nach seiner Auffassung vorherrschenden, Neoliberalismus, stieß in Kreisen der Linken nicht nur auf Gegenliebe. Zu seinen schärfsten Kritikerinnen gehört bis heute die belgische Politiktheoretikerin Chantal Mouffe. Für sie ist Giddens Programmatik nicht einfach nur eine Annäherung an die politische Rechte, sondern für sie kommt diese einer Unterwerfung gegenüber einer bis heute andauernden neoliberalen Hegemonie gleich. Indem die Linke die von Giddens beschriebenen Phänomene der Gegenwart als quasi naturgegeben akzeptiere, so Mouffe, kapituliere sie vor dem Neoliberalismus und versäume es, eine eigene politische Alternative zu formulieren, ein eigenes „linkes Projekt“ zu denken. Konsequenz daraus sei nicht nur eine Schwächung der Sozialdemokratie, sondern indem der Dritte Weg die Überwindbarkeit des Links-Rechts-Antagonismus negiere, sei er auch blind für die hegemoniale Dimension von Politik, die für die modernen westlichen Demokratien konstitutiv sei. Die Resultate könne man bereits in der politischen Praxis beobachten: Zunehmende Politikverdrossenheit, wachsender Extremismus und eine umgreifende soziale Spaltung der

Gesellschaft. Kurzum: Der Dritte Weg sei somit auch eine Gefahr für die moderne Demokratie an sich.

Betrachten wir diese Kontroverse genauer, können wir darin ein Aufeinanderprallen zweier wissenschaftlicher Teilbereiche erkennen: Hier die Soziologie und dort die Politikwissenschaft bzw. die Politische Theorie. Auf der einen Seite Anthony Giddens, der sich bei seinem Dritten Weg auf seiner Ansicht nach sozio-ökonomische Sachzwänge stützt; auf der anderen Seite Chantal Mouffe, die mit ihrem Verständnis davon, was das Wesen des Politischen ausmache, dagegen argumentiert. Erstaunlicherweise ist dennoch beider Zielsetzung gleich: Beide halten die Programmatik der „alten Linken“ für überholt und beide möchten die Sozialdemokratie theoretisch auf das 21. Jahrhundert vorbereiten, um sie wieder gesellschaftspolitisch mehrheitsfähig zu machen. Die Schlussfolgerungen, die sie jedoch als Grundlage für diese Modernisierung ziehen, könnten jeweils unterschiedlicher nicht sein. Für Giddens sind die Kategorien *Links* und *Rechts* zwar nicht vollkommen obsolet, aber sie haben nach seiner Auffassung doch deutlich an Relevanz eingebüßt und müssten deshalb in der Tagespolitik stärker in den Hintergrund treten; Mouffe plädiert dagegen für das genaue Gegenteil, nämlich für eine Schärfung des linken Profils. Auf den ersten Blick erscheint diese Kontroverse als die Debatte, welche die Linke schon seit ihrem Bestehen prägt<sup>1</sup>: Auf der einen Seite der Pragmatiker Giddens, der die Realitäten der Gegenwart anerkennt und unter deren Vorgaben ein Konzept für eine zeitgemäße demokratische Linke schmiedet; auf der anderen Seite die Revolutionärin Mouffe, die sich mit den sozio-ökonomischen Verhältnissen nicht abfinden möchte und den sozialistischen Traum einer freien und gleichen Gesellschaft weiterverfolgt. Das eigentlich Interessante gerade an Chantal Mouffes Position ist jedoch, dass sich ihre Motivation von der Giddens unterscheidet: Sie will ihre Analyse des Links-Rechts-Antagonismus und den Entwurf eines „linken Projektes“ nicht einfach nur als Selbstzweck verstanden wissen. Vielmehr ist sie als überzeugte Anhängerin der liberalen Demokratie bestrebt aufzuzeigen, dass für deren Stabilität eine echte politische Alternative zur herrschenden neoliberalen Hegemonie unverzichtbar sei.

Es ist daher aufschlussreich, die Kontroverse Giddens - Mouffe wissenschaftlich genauer zu beleuchten und davon ausgehend die Frage zu erörtern, inwieweit sozio-ökonomische Sachzwänge der Gegenwart die Formulierung eines eigenen linken Projektes behindern. Diese

---

<sup>1</sup> Erinnert sei hier etwa an die Revisionismus-Debatte innerhalb der SPD zu Beginn des letzten Jahrhunderts.

Thematik auf einer theoretischen Ebene zu behandeln ist in zweierlei Hinsicht notwendig: Zum einen für eine gegenwärtige Standortbestimmung der demokratischen Linken, die in dem überwiegenden Teil der europäischen Staaten zersplittert ist und die nach einem kurzen Strohfeuer von Wahlerfolgen in den 1990er Jahren heute erneut am Boden liegt. Dabei ließe sich gewiss darüber streiten, inwieweit die sozialdemokratische Programmatik der letzten Jahre Anthony Giddens Dritten Weg wirklich konsequent umgesetzt hat; unbestritten aber hat er den soziologischen Grundstein für diese gelegt, womit er die Sozialdemokratie jedoch bislang nicht dauerhaft auf die Erfolgsspur zurückbringen konnte. Zum anderen muss diese Frage aber auch im Hinblick auf eine demokratietheoretische Perspektive gestellt werden: Die Ergebnisse sämtlicher Wahlen in europäischen Staaten erwecken den Eindruck, als ob sich ein erheblicher Teil der Wählerschaft nicht mehr durch die demokratischen Kräfte vertreten fühlt: Viele Bürger gehen entweder überhaupt nicht mehr zur Wahl oder unterstützen in zunehmendem Maße links- oder vor allem rechtsextreme Kräfte.<sup>2</sup> Eine Ursache für ein solches Wählerverhalten könnte darin liegen, dass die neoliberalen Prämissen von der politischen Rechten als „alternativlos“ bezeichnet werden und die politische Linke diese Ansicht teilt oder zumindest im Grundsatz nicht in Frage stellt. Bieten die liberalen Demokratien keine Alternative, warum sollen sich ihre Bürger dann überhaupt noch an Wahlen beteiligen? Mit anderen Worten: Die Suche nach einem „linken Projekt“ ist letztendlich auch die Suche nach der Antwort darauf, ob die gegenwärtige politische Ordnung überhaupt noch eine Zukunft hat?

Die vorliegende Arbeit erhebt die These, dass trotz der sozio-ökonomische Gegenwartsanalyse von Anthony Giddens eine linke Alternative im Rahmen der liberalen Demokratie auch weiterhin denkbar ist. Selbstverständlich muss auch die demokratische Linke soziologische Veränderungen zur Kenntnis nehmen und auf sie reagieren, aber das antagonistische Wesen des Politischen in seinem Kern beeinflussen sie nicht. Weil der Dritte Weg diesen Sachverhalt nicht erkannt hat, bewirkte er anstatt einer echten Erneuerung der Sozialdemokratie lediglich eine Annäherung an den Neoliberalismus und konnte daher nicht dauerhaft erfolgreich sein.

In einem ersten Schritt widmet sich diese Arbeit der Theorie Anthony Giddens. Dabei soll dargestellt werden, was für ihn klassische sozialdemokratische Politik ausgemacht hat, worin die sozio-ökonomischen Ursachen für deren Krise zu suchen sind und warum deshalb ein

---

<sup>2</sup> Als Beispiel seien hier die Wahlerfolge der *Goldenen Morgenröte* bei den griechischen Parlamentswahlen 2012 oder die der FPÖ bei der österreichischen Nationalratswahl 2013 genannt.

Dritter Weg für ihn notwendig ist. In einem zweiten Schritt wird es um Chantal Mouffes Denken gehen. Die Schwerpunkte werden hier das antagonistische Wesen der liberalen Demokratie und ihre hegemoniale Dimension sowie deren Stabilisierung durch den sogenannten „Agonismus“ wie auch Mouffes Plädoyer für eine „radikale und plurale Demokratie“ sein. Im nächsten Schritt soll dann analysiert werden, warum Giddens Dritter Weg den Anforderungen einer linken Alternative nicht entspricht bzw. inwieweit er eine solche sogar behindert bzw. ob eine solche angesichts sozio-ökonomischer Revolutionen der Gegenwart überhaupt noch möglich ist. Das soll anhand einer genaueren Auseinandersetzung mit vier Gegenwartsphänomenen geschehen: Dem Kapitalismus, der Globalisierung, der Individualisierung der Gesellschaft und der Bedeutung des Links-Rechts-Antagonismus im Hinblick auf die Frage sozialer Ungleichheit. Am Schluss der Arbeit soll schließlich ein Fazit gezogen werden.

## **II. Die Chancen eines „linken Projektes“ der Gegenwart**

### 1. Anthony Giddens

Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man Anthony Giddens als *den* Theoretiker bezeichnet, der in den letzten Jahrzehnten wie kein anderer die programmatische Ausrichtung der europäischen Linken beeinflusst hat. So arbeitete er beispielsweise eng mit dem SPD-Wahlkampfmanager Bodo Hombach zusammen oder war Berater des britischen Premiers Tony Blair. Wenn wir uns daher der Frage widmen, ob eine echte linksdemokratische Alternativpolitik in Europa überhaupt noch möglich ist, kommt man an der Auseinandersetzung mit der Doktrin des britischen Soziologen nicht vorbei.

#### 1.1 Die Krise der sozialen Demokratie

Wenn wir mit Begriffen wie *links*, *Linke*, und *Sozialdemokratie* operieren, sollten wir uns zunächst bewusst machen, dass der semantische Streit und die Debatte über deren richtige Interpretation so alt sind, wie diese selbst. Setzen wir uns daher mit Anthony Giddens Theorie des Dritten Weges und seinen dieser zugrunde liegenden soziologischen Analysen auseinander, müssen wir zunächst definieren, was er selbst darunter versteht. Indem wir die für ihn essentiellen Signifikanten dieser Überbegriffe ausmachen, erhalten wir einen Orientierungsrahmen, mithilfe dessen wir seine Erklärung für eine Krise der „alten“ oder

„klassischen“ Sozialdemokratie ebenso nachvollziehen können (Giddens selbst spricht sogar vom „Tod des Sozialismus“<sup>3</sup>), wie seine Reformempfehlungen für eine „neue“ Sozialdemokratie.

In seiner Definition von *links* beruft sich Giddens auf den politischen Philosophen Norberto Bobbio. Für Bobbio steht die Frage der Gleichheit aller im Zentrum der linken Ideologie. Das Verhältnis zu ihr diene als wichtiges politisches Unterscheidungskriterium gegenüber den Rechten, für die die Gesellschaft zwangsweise hierarchisch strukturiert sei.<sup>4</sup> Wer *links* ist, trete dagegen für eine Verminderung von inner- und außergesellschaftlichen Unwuchten ein, wobei man das Verständnis von Gleichheit immer relativ betrachten müsse: „Gleichheit [...] ‚unter wem?‘, ‚worin?‘, ‚auf Grund welchen Kriteriums?‘.“<sup>5</sup> Die genaue Interpretation und Ausrichtung könne insofern variieren. Giddens misst der Gleichheit im linken Denken eine ebenso große Bedeutung zu wie Bobbio, möchte den Begriff *links* aber noch erweitern und präzisieren: Er versteht darunter nicht nur das Eintreten gegen Ungleichheit bzw. für soziale Gerechtigkeit, sondern auch, dass man dem Staat bei der Verwirklichung dieser Ziele eine zentrale Rolle zuspricht. Links sein bedeutet demnach für Giddens unter der eben genannten Prämisse, „vom Gelingen einer Emanzipationspolitik überzeugt zu sein“<sup>6</sup>.

Betrachten wir unter diesem Aspekt nun die *klassische* Sozialdemokratie und das, was sie für Giddens ausmacht. Hier muss vorausgeschickt werden, dass dieser Begriff wie auch jene Bezeichnung der „*alten Linken*“ keinesfalls zeitlich gebunden sind. Viele der im Folgenden beschriebenen programmatischen Grundbegriffe dienen teilweise auch heute noch als Orientierungsmarken sozialdemokratischer Politik. Hinzu kommt, dass die Linke nicht als etwas Statisches verstanden werden darf, sondern sie hat im Laufe der Zeit wie jede andere politische Kraft ihre Ausrichtung und ihre Schwerpunkte verändert.<sup>7</sup> Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass es äußerst schwierig ist, von *der* Linken in Europa zu reden, gibt es doch hier trotz gemeinsamer Wurzeln in der Arbeiterbewegung, ihrer internationalistischen Ausrichtung und zahlreicher programmatischer Parallelen nationale, ja bisweilen sogar innernationale Unterschiede und Zersplitterungen. Anthony Giddens glaubt dennoch, einige

---

<sup>3</sup> Anthony Giddens, 1999: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13.

<sup>4</sup> Daneben bezeichnete Bobbio die Freiheit als ebenso wichtiges Trennmerkmal zwischen Links und Rechts (vgl. Norberto Bobbio, 1994: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin: Wagenbach, S. 83).

<sup>5</sup> Bobbio: Rechts und Links, S. 77.

<sup>6</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 54 f.

<sup>7</sup> So hat beispielsweise die in der industriellen Arbeiterschaft verwurzelte SPD Anfang der 1980er Jahre begonnen, sich teilweise vom Primat ökonomischen Wachstums „um jeden Preis“ zu distanzieren und auch erste ökologische Schwerpunkte in ihrem Parteiprogramm zu setzen.



Gemeinsamkeiten der „alten Linken“ gefunden zu haben, über deren Allgemeingültigkeit sich sicherlich diskutieren ließe.

Für den britischen Soziologen beruft sich die klassische Sozialdemokratie auf den „keynesianischen Wohlfahrtskompromiss“ als eine Variante des Sozialismus. Dieser symbolisiere seit der Zeit des Kalten Krieges einen Mittelweg zwischen der liberalen Marktwirtschaft in den USA und der dirigistischen Planwirtschaft in der damaligen UdSSR. In der Praxis bedeute er ein Arrangement mit den Kräften des Marktes, allerdings nicht nach einem Prinzip des *laissez-faire*: die „alte Linke“ sehe im Staat diejenige Institution, die ihre Bürger vor Marktrisiken schützen soll, indem sie regulierend und korrigierend eingreift. Soziale Ungleichgewichte habe ein starker Wohlfahrtsstaat durch eine Politik der Umverteilung von oben nach unten, also von den wohlhabenderen zu den ärmeren Schichten auszugleichen. Daneben sei seine zweite Aufgabe die Bereitstellung von Sozialleistungen zum Schutz derjenigen Familien, die aus irgendeinem Grund nicht mehr für sich selbst sorgen können. Zivilgesellschaftlichen Verbänden und Organisationen, die eine ähnliche Rolle übernehmen könnten (wie das beispielsweise in den USA üblich ist), sei dagegen eher mit Skepsis zu begegnen, weil ihre Hilfe in der Linken eher als „unprofessionell, willkürlich und gönnerhaft“<sup>8</sup> aufgefasst werde.

Auch in der Wirtschaftspolitik nehme der Staat eine zentrale Rolle ein. Die Anhänger der klassischen Sozialdemokratie teilten die Auffassung des Wirtschaftstheoretikers John Maynard Keynes, dass die Regierung eines Landes konjunkturelle Schwankungen innerhalb der Marktwirtschaft durch eine expansive Ausgabenpolitik ausgleichen (nachfragerorientiert) und das Ziel der Vollbeschäftigung in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen und Gewerkschaften verfolgen müsse (Korporatismus). Die Verstaatlichung bestimmter Industriezweige, denen eine besondere nationale Bedeutung beigemessen wird, schließe das bisweilen nicht aus. Gerade weil Lohnarbeit und Industrie in der klassischen Sozialdemokratie so weit im Vordergrund stünden, rückten jedoch drängende ökologische Fragen oftmals in den Hintergrund. Ein echtes Bewusstsein für „grüne Themen“ hält Giddens für eher geringfügig ausgeprägt. Eng verknüpft sei dies auch mit sozialdemokratischen Fortschrittsdenken: Die Linke verstünde sich traditionell als progressive Kraft und verfolge eine lineare Modernisierung der Gesellschaft sowohl in gesellschaftspolitischer als auch in

---

<sup>8</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 19.

sozialer Hinsicht. Auf diesem „Weg des Sozialismus“ repräsentiere der Wohlfahrtsstaat sozusagen den Gipfel, doch der könne eben nur über ökonomisches Wachstum und Vollbeschäftigung ausgebaut werden, nicht aber über Umweltschutz.<sup>9</sup>

Vergleichen wir abschließend Giddens allgemeine Definition von *links* mit seiner Beschreibung der *alten Linken*, so können wir festhalten, dass bei beiden Begriffen die Rolle des Staates etatistisch und Gleichheit vor allem unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie, also einer materiellen Umverteilung interpretiert wird. Warum eine Politik unter diesen Annahmen gegenwärtig nur noch unzureichend funktionieren kann, werden wir im Folgenden näher beleuchten.

## 1.2 Die Dilemmata der Gegenwart

Welche Faktoren bestimmen unsere Gegenwart? Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, beruht doch Anthony Giddens gesamte wissenschaftliche Arbeit auf der Analyse von Phänomenen der Jetztzeit (teilweise in enger Zusammenarbeit mit anderen Soziologen wie Ulrich Beck oder Scott Lash<sup>10</sup>), die nicht nur auf unseren Alltag enorme Auswirkungen haben, sondern auch auf unser gesamtes soziales, ökonomisches und politisches Gesellschaftsgefüge. Für den Briten steht darüber hinaus fest: Sie erschüttern insbesondere die Linke nachhaltig in ihrem Selbstverständnis.

Als eine der folgenreichsten Determinanten unserer Zeit sieht Giddens die Globalisierung an. Seit Jahrzehnten ist dieser Begriff ein immer wiederkehrendes Schlagwort gesellschaftspolitischer Diskussionen, insbesondere ökonomischer Debatten. Bezeichnet wird hiermit die zunehmende weltweite Verflechtung von Märkten, insbesondere hinsichtlich des Kapitals inklusive der daraus resultierenden Interdependenzen. Großunternehmen und -banken agieren heute beinahe ungehindert von staatlichen Grenzen, wodurch sich das Volumen ihrer Transaktionen, ihr Umsätze und ihre Gewinne vervielfacht haben.<sup>11</sup> Auf der einen Seite tragen sie so zur Mehrung des Wirtschaftswachstums eines Landes bei und schaffen Arbeitsplätze, auf der anderen Seite jedoch entziehen sich dieselben Unternehmen durch ihre transnationale Ausrichtung immer mehr dem Einfluss nationaler Regierungen. Gerade die klassische Sozialdemokratie und ihr „keynesianischer Wohlfahrtskompromiss“

---

<sup>9</sup> Ebd., S. 18 ff.

<sup>10</sup> Ulrich Beck, Anthony Giddens und Scott Lash, 1996: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

<sup>11</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 42.

geraten dadurch in die Defensive. Betrachten wir beispielsweise Bundesrepublik Deutschland während der Finanzkrise 2008: Hier hatten wir es erstens mit einer extern ausgelösten Krise, nämlich einem Kollaps des US-amerikanischen Bankensektors zu tun, der durch die globale Ausrichtung aller Kreditinstitute auch nach Europa überschwappte. Zweitens war es für die damalige Bundesregierung äußerst schwierig, den dadurch ausgelösten Konjunkturreinbruch mit einer staatlich initiierten Belebung der wirtschaftlichen Nachfrage auszugleichen. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen waren deutsche Unternehmen durch ihre Exportorientierung gerade auch von der ökonomischen Entwicklung in anderen Ländern abhängig. Zum anderen konnte nicht garantiert werden, dass Steuergeld, das zur Belebung der deutschen Konjunktur freigesetzt wurde, letztendlich wirklich primär der eigenen Wirtschaft zu Gute kam, und nicht doch wieder in andere Volkswirtschaften floss.<sup>12</sup>

Aber nicht nur in ökonomischer Hinsicht trifft die Globalisierung die „alte Linke“ hart, zumal es für Anthony Giddens verfehlt wäre, diese nur unter den eben genannten Gesichtspunkten zu betrachten. Vielmehr bedeutet Globalisierung auch in ganz besonderem Maße eine massive Veränderung der Wahrnehmung von Raum und Zeit. In unserem alltäglichen Handeln werden wir nämlich zunehmend von Ereignissen beeinflusst, die in ganz anderen Teilen der Erde stattfinden (die Auswirkungen der globalen Erwärmung kennen beispielsweise keine Staatsgrenzen, auch wenn ihr Ursprung nationale Ursachen haben mag). Umgekehrt gilt aber auch, dass der als privat wahrgenommene eigene Lebensstil globale Konsequenzen nach sich zieht.<sup>13</sup> Wer heute beispielsweise ein T-Shirt kauft, nimmt auch unmittelbaren Einfluss auf die Bedingungen, unter denen es hergestellt wird. Wer etwa in Bangladesch produzierte Textilien erwirbt, unterstützt damit z.B. auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder die Ausbeutung lokaler Ressourcen und die Verschmutzung der dortigen Umwelt. Gleichzeitig sind wir einer fortschreitenden Informations- und Kommunikationstechnologie ausgesetzt, die uns überall und zu jeder Zeit die Möglichkeit verschafft, an weit entfernten Ereignissen Anteil zu nehmen. Die New Yorker Anschläge vom 11. September 2001 oder der „Arabische Frühling“ ließen sich in aller Welt live vom Fernsehschirm oder im Internet verfolgen. Dabei sind diese Informationen und das Wissen, auf das wir so zugreifen können, keinesfalls wohlgeordnet und klar strukturiert. Ganz im Gegenteil: Wir werden wahllos überflutet von Daten und angeblichen Fakten, die sich im Glücksfall ergänzen, im schlimmsten Fall aber einander widersprechen. Will der Einzelne in diesem Meer von Wissen bzw. Pseudowissen nicht

---

<sup>12</sup> Dieses Dilemma zeigte sich vor allem an der sogenannten „Abwrackprämie“, also dem staatlich subventionierten Kauf neuer PKWs: Für Bürger gab es keine Verpflichtung, deutsche Autos zu kaufen, sodass ein beträchtlicher Teil der Finanzmittel auch in die Autoindustrie anderer Länder floss.

<sup>13</sup> Anthony Giddens, 1997: Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 23.

ertrinken, ist er nicht nur dazu gezwungen, für sich wirklich oder vermeintlich relevante Nachrichten herauszufiltern, sondern er muss auf der Grundlage dieser seiner eher zufälligen Informationsauswahl auch Entscheidungen treffen. Anthony Giddens spricht hier in Anlehnung an den Soziologen Ulrich Beck von „sozialer Reflexivität“ und einer „Risikogesellschaft“: Wir sind auf der einen Seite in unserem eigenen Handeln und Bestimmen autonomer denn je. Denn Traditionen und althergebrachte, religiös begründete Werte werden in der Gegenwart zunehmend in Frage gestellt und kommen nicht mehr umhin, sich selbst rechtfertigen zu müssen. Wir befinden uns in der „posttraditionalen Gesellschaft“, die schon Max Weber beschrieben hat. Doch auf der anderen Seite hat unser Leben auch einen „experimentellen Charakter“, d.h. viele Entscheidungen, vor denen Menschen heute stehen, mussten nie zuvor in dieser Weise getroffen werden und insofern herrscht auch Unkenntnis über daraus resultierende Konsequenzen (über die Folgen des Einsatzes von Gentechnik für Mensch und Umwelt gibt es beispielsweise noch keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse).<sup>14</sup> Giddens meint damit nicht, dass es nicht auch schon in früheren Zeiten Unsicherheit und Risiken gegeben hätte. Im Hinblick auf die Gegenwart lässt sich aber ein entscheidender Unterschied erkennen: Als Menschen der Moderne haben wir es stärker mit „hergestellten Unsicherheiten“ zu tun, also solchen, die wir uns selbst geschaffen haben. Für einen Bauer des Mittelalters waren eine gute Feldernte und damit seine Existenz abhängig von einem unbeeinflussbaren Phänomen wie z. B. dem Wetter oder ideologisch ausgedrückt: Gott gegeben. Der technische Fortschritt hat dazu beigetragen, dass solche Risiken für einen Agrarwirt der Gegenwart weniger besorgniserregend, da sie rational erklärbar und technisch meist auch behebbbar sind. Seine neue, die „hergestellte Unsicherheit“ hingegen resultiert z.B. aus dem Einsatz von chemisch produzierten Düngemitteln oder Pestiziden, die auf lange Sicht weit riskanter sein können als eine einmalige schlechte Ernte. Vielleicht ruinieren sie in nicht allzu ferner Zukunft seine Äcker oder verseuchen das Grundwasser, um nur eine von vielen möglichen Konsequenzen zu nennen. Wir sehen an diesem Beispiel letztendlich, wie eng „hergestellte Unsicherheit“ mit industriellen Entwicklungsprozessen verknüpft ist: Sie ist eine direkt daraus folgende Konsequenz.<sup>15</sup>

Unter dem Strich können wir festhalten, dass der Mensch heute in seinem Entscheiden autonomer denn je ist, aber er ist dabei eben auch stärker auf sich allein gestellt. Einerseits bedeutet dies eine stärkere Individualisierung moderner Gesellschaften, die sich jedoch im Gegenzug mit einer Vielzahl pluralistischer Lebensentwürfe konfrontiert sehen. Kollektive

---

<sup>14</sup> Ebd., S. 24 ff.

<sup>15</sup> Ebd., S. 116 ff.

Lösungen, die breite Teile eines staatlichen Gemeinwesens gleich stellen und die gerade in der klassischen Sozialdemokratie Anwendung fanden, hält Giddens daher für nicht mehr zeitgemäß. Die Mischung aus Globalisierung und sozialer Reflexivität untergräbt die Möglichkeiten des Staates, insbesondere im Hinblick auf den traditionell sozialdemokratischen Wohlfahrtsanspruch, das Leben seiner Bürger umfassend und aktiv mitzugestalten.

Desweiteren verwundert es Giddens auch nicht, dass der Sozialstaat in vielen Ländern einem immer stärker werdenden Finanzierungsdruck ausgesetzt ist, der entweder zu Leistungskürzungen oder zu einer höheren Abgabenlast für die Steuerzahler führt. Für ihn ist dieser Tatbestand aber nicht Kern des Problems: Der keynesianische Wohlfahrtsstaat leide nicht unter zu großen Ausgaben oder unter zu geringen Einnahmen, sondern seine Krise beruhe gerade eben auf dem Übergang von externen zu hergestellten Unsicherheiten. Die staatlichen Finanzressourcen werden heute auf eine Weise verwendet, die den Lebensentwürfen der Bürger größtenteils gar nicht mehr entsprechen. Hauptziel der öffentlichen Hand sei noch immer der anachronistische Schutz vor Unfällen, also vor externen Risiken, auf die der Mensch keinen Einfluss nehmen kann, dabei sei es in der Gegenwart weitaus nötiger, ihm bei der Bewältigung hergestellter Risiken zu helfen.<sup>16</sup>

Gerade auch im Hinblick auf den gegenwärtigen politischen Frontverlauf muss die hier dargestellte Entwicklung Konsequenzen haben. Verbleiben wir beim Beispiel Sozialstaat, so lässt sich seit den 1970er Jahren eine zunehmend paradoxe Situation verfolgen: Die Linke, die für sich aus ihrem traditionellen Eigenverständnis heraus einen gesellschaftlich progressiven Anspruch erhebt, verteidigt Wohlfahrtsansprüche der Bürger gegenüber den Angriffen einer neoliberalen Rechten, die diese abbauen möchte. Die politischen Lager stehen sich nun gleichsam mit vertauschten Rollen gegenüber. Konservativ sind nun die Sozialdemokraten in der Verfolgung ihrer politischen Ziele, während die Neoliberalen einen radikal reformistischen Kurs verfolgen.<sup>17</sup> Doch nicht nur das: Insgesamt diagnostiziert Giddens für die Links-Rechts-Unterscheidung auch eine qualitative Veränderung. Diese ist zum einen bedingt durch das Zusammenbrechen der sozialistischen Planwirtschaft 1989, wodurch die kapitalistische Marktwirtschaft zum alternativlosen Wirtschaftsmodell erhoben wird (in wirtschaftspolitischen Debatten geht es somit heute überwiegend nicht mehr darum, *ob* der Kapitalismus überwunden werden soll, sondern nur noch um den Grad seiner Regulierung).

---

<sup>16</sup> Ebd., S. 208 f.

<sup>17</sup> Ebd., S. 28.

Zum anderen ist diese Verschiebung innerhalb des politischen Antagonismus auch dem Entstehen einer Vielzahl neuer Probleme, aber auch Chancen geschuldet, die im bisherigen Links-Rechts-Gefüge nicht eindeutig zugeordnet werden können. Ist z.B. die Bekämpfung des Klimawandels ein eindeutig linkes oder ein rechtes Anliegen? Für Giddens ist diese Frage nicht klar zu beantworten.<sup>18</sup>

Zusammenfassend kann man sagen, dass die „alte Linke“ mit ihrer Programmatik für Giddens nicht mehr dem Zeitgeist entspricht. Ihr Verständnis von Staat und Gleichheit wird den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gerecht. Die Globalisierung behindert nationalstaatliche, die zunehmende gesellschaftliche Individualisierung kollektive Lösungen. Soziale Gleichheit, für Norberto Bobbio noch eine der zentralen Trennlinien zwischen Links und Rechts, verliert an Relevanz und muss angesichts des dargestellten Szenarios sogar in ihrer Interpretation überdacht werden. Und als wäre all das noch nicht genug, muss die Linke den Kapitalismus als *das* Wirtschaftsmodell ohne Alternative anerkennen. Schwere Zeiten für die Sozialdemokratie und laut Giddens daher höchste Zeit für diese, sich zu reformieren oder wie er sagt: „zu modernisieren“.

### 1.3 Der Dritte Weg

„Unter dem ‚dritten Weg‘ verstehe ich eine Theorie und eine politische Praxis, mittels deren die Sozialdemokratie den grundlegenden Veränderungen in der Welt [...] Rechnung trägt. Dies ist ein dritter Weg in dem Sinne eines Versuches, über die Sozialdemokratie alten Stils wie den Neoliberalismus hinauszugelangen.“<sup>19</sup> Aus diesem Zitat Anthony Giddens können wir zwei wesentliche Informationen ableiten: Erstens ist der Dritte Weg kein Konzept für alle politischen Strömungen, sondern er wurde speziell für die demokratische Linke formuliert. Zweitens erhebt er den Anspruch, die „alte Linke“ genauso überwinden zu wollen, wie die demokratische Rechte auch. Inwiefern eine solche Aussage aus demokratietheoretischer Perspektive problematisch ist, wollen wir im dritten Teil dieser Arbeit behandeln. Zunächst soll aber untersucht werden, warum nach der klassischen Sozialdemokratie, die mit ihrer Politik der Umverteilung für Giddens im Großen und Ganzen gescheitert ist, auch der Neoliberalismus keine Alternative bietet.

---

<sup>18</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 57.

<sup>19</sup> Ebd., S. 38.

Der Begriff „Neoliberalismus“ wird heutzutage überwiegend als Synonym für *rechts* verwendet. Verfehlt wäre es jedoch, ihn deswegen mit dem „Konservatismus“ gleichzusetzen. Letzterer beschreibt die Einstellung, „Tradition im Sinne der überkommenen Weisheit der Vergangenheit“<sup>20</sup> bewahren zu wollen, ohne deren Zweck zu hinterfragen. Dass dies aber in einer posttraditionalen Gesellschaft nicht mehr ohne weiteres möglich ist, haben wir bereits festgestellt. Insofern darf man den Neoliberalismus als rechte Antwort auf den gesellschaftspolitischen Wandel der Gegenwart verstehen, was mit einer gewissen Widersprüchlichkeit einhergeht: Auf der einen Seite plädiert diese Denkrichtung für einen Marktradikalismus und fordert die konsequente Durchsetzung des Rechts auf individualistische Entfaltung, wodurch Traditionen mit kollektiven Ansprüchen geschwächt werden müssen. Auf der anderen Seite speist sich die Anhängerschaft des Neoliberalismus aus einem konservativen Erbe, das traditionelle Werte betont. Will man deren Unterstützung nicht verlieren, zwingt das zu Zugeständnissen. Insofern darf es nicht verwundern, wenn Neoliberale neben der Überlegenheit der Marktgesetze auch konservative Autoritäten wie die Nation, die Religion, klassische Geschlechterrollen und das Ideal der Familie predigen. Für Giddens beschreibt diese Ambivalenz des Neoliberalismus gegenüber Traditionen dessen paradoxe Natur und deswegen lehnt er ihn als Alternative zur klassischen Sozialdemokratie ab.<sup>21</sup>

Stattdessen also eine Politik des Dritten Weges. Doch unter welcher Zielsetzung soll eine solche stehen? Zweifellos muss sie den Anspruch erheben, die Bürger bei der Bewältigung der Herausforderungen der Gegenwart zu unterstützen. Wir haben bereits festgestellt, dass dies nicht auf etatistische Weise geschehen kann. Aber wie dann? Besinnen wir uns erneut auf Giddens Feststellung, *links* sein bedeutet, „vom Gelingen einer Emanzipationspolitik überzeugt zu sein“. Vertiefen wir diesen Gedanken, so meint linke Politik die Befähigung des Einzelnen zur Freiheit: „Freiheit von Tradition, von den Fesseln der Vergangenheit; Freiheit von willkürlicher Machtausübung sowie Freiheit von den Zwängen materieller Armut oder Deprivation.“<sup>22</sup> Schlüsselnd wir den Begriff „Emanzipation“ weiter auf, so kommen wir auf die Dyade von Staat und Gleichheit, wobei ersterer bei der Verwirklichung von letzterer helfen soll. Es geht letztendlich um die Schaffung von *Lebenschancen* und somit entspricht eine solche Zielsetzung noch der der „alten Linken. Der Dritte Weg will aber noch einen Schritt weiter gehen hin zu einer „Politik der Lebensführung“, die zusätzlich auch

---

<sup>20</sup> Giddens: *Jenseits von Links und Rechts*, S. 28.

<sup>21</sup> Ebd., S. 29.

<sup>22</sup> Ebd., S. 132.

Lebensentscheidungen berücksichtigt. Denn diese gilt es bei all den Fragen zu treffen, die nicht eindeutig im klassischen Links-Rechts-Schema verortet werden können (z.B. Ausstieg aus der Kernenergie).<sup>23</sup> Hieraus ergibt sich die Konsequenz, dass die Linke ihr Verständnis von bzw. ihr Verhältnis zu Gleichheit und Staat neu formulieren muss. Eben weil in der reflexiven Moderne der Einzelne mehr Handlungsautonomie besitzt, trägt er de facto auch mehr Verantwortung für seine Entscheidungen. Kollektive Versorgung „von der Wiege bis zur Bahre“, wie sie im bisherigen Verständnis vom Wohlfahrtsstaat verankert war, ist nicht länger zeitgemäß. Stattdessen muss das Verhältnis zwischen der Verantwortung des Einzelnen und der des Staates neu ausbalanciert werden.<sup>24</sup> Giddens formuliert für den Dritten Weg als erstes Postulat *keine Rechte ohne Verpflichtungen*. Hat die alte Sozialdemokratie noch dazu tendiert, die Rechte eines Staatsbürgers mit seinen Ansprüchen gleichzusetzen, so muss eine moderne Linke die Verpflichtungen des Einzelnen erweitern: Wer staatliche Arbeitslosenunterstützung bekomme, müsse heute beispielsweise auch zur aktiven Arbeitssuche verpflichtet werden. Dabei solle sich eine solche Erweiterung des Pflichtenkatalogs nicht nur auf diejenigen Individuen beschränken, die Sozialhilfe empfangen, sondern die Maxime *keine Rechte ohne Verpflichtungen* solle zu einem allgemeingültigen ethischen Prinzip für alle Teile der Gesellschaft werden. Wie das in der Praxis aussehen soll, lässt Giddens an dieser Stelle offen.<sup>25</sup> Stattdessen stellt er ein weiteres Motto auf, nämlich *keine Entscheidungsmacht ohne demokratisches Verfahren*. Dieser Leitgedanke wiederum basiert auf der Vorstellung, dass es heute nicht mehr möglich ist, Entscheidungsbefugnisse durch Tradition oder in Abgrenzung zu einem feindlichen Konkurrenten (wie noch im Kalten Krieg) zu legitimieren. Vielmehr haben Kapitalismus und Globalisierung die Erste wie auch Zweite Welt weitgehend befriedet (größere Kriege sind hier zur Seltenheit geworden) und enttraditionalisiert; insbesondere letzteres macht neue Legitimitätsquellen für Regierungshandeln notwendig. Giddens fordert daher eine Anpassung von Entscheidungsmechanismen an die neuen Umstände. Uns interessieren hier insbesondere zwei Maßnahmen, die er dafür vorschlägt: Erstens eine Machtverlagerung „nach oben und nach unten“, d.h. der Nationalstaat soll auf Entscheidungsbefugnisse zugunsten supranationaler

---

<sup>23</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 58.

<sup>24</sup> Ebd., S. 49 f.

<sup>25</sup> Einen pflichtvergesenen Arbeitslosen zu sanktionieren ist durch Kürzung der Sozialhilfe leicht möglich. Hier liegt auch relativ klar auf der Hand, worin die Pflichtverletzung besteht (nämlich in der Verweigerung der Arbeitssuche) und welche Sanktion daraus zu folgen hat. Bei Arbeitnehmern oder Arbeitgebern ist dagegen nicht so leicht greifbar, wie das eine oder das andere in der Praxis aussehen soll. Insofern kann *keine Rechte ohne Verpflichtungen* leicht zu einem allgemeinen ethischen Prinzip erhoben werden, wenn man dabei in Kauf nimmt, dass die Auswirkungen für Arbeitslose ungleich größer sind als für andere Teile der Gesellschaft. Im dritten Teil der vorliegenden Arbeit werden wir sehen, dass solche Details Giddens Theorie sehr leicht dem Vorwurf aussetzen, er bezwecke mit dem Dritten Weg eine Annäherung an den Neoliberalismus.



aber auch lokaler Institutionen verzichten. Zweitens sollen angesichts der Komplexität vieler Risikosituationen Bürger und Experten in deren Bewertung mit einbezogen werden. Er fasst das unter dem Postulat zusammen, der Dritte Weg müsse die „Demokratie demokratisieren“.<sup>26</sup>

Das Streben nach Gleichheit soll für Giddens weiterhin Hauptanliegen der Linken bleiben. Allerdings wird es in Zukunft eher die Rolle eines *primum inter pares* einnehmen müssen, um neue gesellschaftspolitische Herausforderungen, die für den Menschen der Gegenwart von existenzieller Bedeutung sind, nicht in den Hintergrund rücken zu lassen. Dennoch: Gleichheit als Wert bedarf einer Neujustierung. Giddens will sie als *Inklusion* verstanden wissen, womit er nicht nur die Wahrnehmung politischer Rechte und Pflichten eines jeden Bürgers meint, sondern auch die generelle Möglichkeit zur öffentlichen Mitsprache sowie die Chancengleichheit insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und den Zugang zu Bildung. Gesellschaftlicher *Exklusion* hingegen, also Ungleichheit, gilt es in ihren zwei Erscheinungsformen entgegenzuwirken: Zum einen gibt es nämlich die „unfreiwillige Exklusion“, d.h. untere Schichten sind oft von angebotenen Chancen abgeschnitten; zum anderen die „freiwillige Exklusion“, die den Rückzug reicherer Gruppen aus der Gesellschaft in ein abgeschirmtes Leben beschreibt. Beide sind gleichermaßen gefährlich für das Solidaritätsbewusstsein der Öffentlichkeit.<sup>27</sup> Giddens will dem eine „Staatsbürgermoral“ entgegensetzen, bei deren Entstehung dem Sozialstaat eine Schlüsselrolle zukommt. Gerade weil Gleichheit unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr länger ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden kann, darf sich eine erneuerte Sozialdemokratie nicht nur der Schwachen in der Gesellschaft annehmen. Sie muss vielmehr einen Sozialstaat aufbauen, der allen Bürgern gerecht wird, weil von den Herausforderungen der Risikogesellschaft alle gleichermaßen betroffen sind. Beispielsweise könnte das geschehen, indem man bislang direkte Finanzleistungen nun durch Investitionen in Bildung („menschliches Kapital“) ersetzt, die letztlich der gesamten Gesellschaft zugutekämen.<sup>28</sup> Das daraus neu erwachsene Gemeinschaftsgefühl soll zu einer Revitalisierung des öffentlichen Lebens führen. Giddens spricht in diesem Zusammenhang von einer „radikal-demokratischen Mitte“, die es braucht, um gesellschaftliche Allianzen zwischen oben und unten zu schmieden mit dem Ziel, Risikoszenarien (z.B. Umweltschäden) entgegenzutreten, denen man gemeinsam ausgesetzt ist.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 88 ff.

<sup>27</sup> Ebd., S. 120 ff.

<sup>28</sup> Giddens verwendet hierfür den Begriff „positive Wohlfahrt“ (vgl. Giddens: Der dritte Weg, S. 137).

<sup>29</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 123 ff.

Wie verändert dieser Dritte Weg nun das Verhältnis der Linken zu Staat und Gleichheit? Fassen wir noch einmal zusammen: Der Nationalstaat hat an Relevanz eingebüßt. Auch wenn er für Giddens immer noch von zentraler Bedeutung ist<sup>30</sup>, so kann er für ihn angesichts der gesellschaftlichen Individualisierung und der Globalisierung viele bisherige Aufgaben nicht mehr erfüllen. Hier braucht es eine andere Form staatlicher Fürsorge und eine Verschiebung von Entscheidungskompetenzen. Gleichheit soll dagegen auch weiterhin das Kernziel sozialdemokratischer Politik ausmachen, jedoch muss ihre ökonomische Dimension stärker als bisher in den Hintergrund rücken. Der modernen Sozialdemokratie darf es heute folglich nicht mehr nur um materielle Umverteilung gehen, sondern sie muss den Individuen bei der Bewältigung aller Herausforderungen in der reflexiven Moderne Hilfe leisten.

Dem Dritten Weg liegt dabei ein Denken zugrunde, dass von folgenden Prämissen ausgeht:

- a) Nach dem Ende der Planwirtschaft ist der Kapitalismus ohne Alternative, weswegen sich die Linke für die Chancen des Marktes öffnen sollte.
- b) Globalisierung und Individualisierung sind zwei Gegenwartsphänomene, die anzuerkennen sind und auf die die Sozialdemokratie zu reagieren habe.
- c) Der Antagonismus zwischen Links und Rechts verliert an Relevanz.

## 2. Chantal Mouffe

Anthony Giddens versucht deutlich zu machen, dass die Sozialdemokratie ihre politische Programmatik reformieren *muss* und dabei viele ihrer alten Kernpositionen zu räumen hat – dazu gibt es für ihn keine Alternative - möchte sie nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken. Dennoch bleibt anzumerken, dass wir bei der Darstellung seiner Gedanken uns bisher darauf beschränken mussten, die Lage der demokratischen Linken aus einer rein sozio-ökonomischen Perspektive zu betrachten. Wenn wir uns nun im Folgenden mit der politiktheoretischen Sicht der Dinge von Chantal Mouffe auseinandersetzen, werden wir erkennen, dass sie Giddens Theorie nicht nur für die Linke selbst als äußerst problematisch erachtet, sondern im gleichen Maße auch für die liberale Demokratie an sich. Ihre Kritik am Dritten Weg, der ja die Basis für die Programmatik zahlreicher sozialdemokratischer Parteien darstellt, begründet sie vor allem damit, dass er aus ihrer Sicht eine Unterwerfung der Linken

---

<sup>30</sup> Trotz neuer Herausforderungen formuliert Giddens eine Reihe von Aufgaben, die der Nationalstaat nach wie vor zu erfüllen habe (vgl. Giddens: Der dritte Weg, S. 61 f.).

unter eine neoliberale Hegemonie bedeute. Die „neue Linke“ passe sich der Politik der Rechten an, anstatt eine eigene politische Alternative zu formulieren. Angenommen Mouffes Bestandsaufnahme entspricht den Tatsachen, was sollte an dieser Neupositionierung der Sozialdemokratie problematisch sein? Die sozialistische Planwirtschaft hat sich ganz offensichtlich als Irrweg herausgestellt, andernfalls wäre sie ja nicht gescheitert. Warum sollte es also falsch sein, wenn sich die Linke von dieser wie von einigen anderen Fehlannahmen distanziert und sich eingesteht, die Rechte hatte mit ihrer Art von Politik gar nicht so unrecht?

So betrachtet erscheint Mouffe wie eine politische Nostalgikerin, die nicht von der alten Konfrontation zwischen Links und Rechts lassen kann. Dies würde aber wohl doch zu kurz greifen. Denn Mouffe fordert eine linke Alternative nicht nur im Interesse der Sozialdemokratie und deren Fortbestehen, sondern nach ihrer Auffassung ist eine solche unverzichtbarer Bestandteil für den Erhalt der liberal-demokratischen Institutionen. Um die Argumentation der belgischen Politiktheoretikerin nachvollziehen zu können, ist es notwendig, sich ihrem Denken anhand dreier Leitfragen zu nähern: Von welchen Mechanismen ist das Politische für sie geprägt und was ist die Ausgangslage für diese Annahmen? Wie muss eine liberale Demokratie aussehen, wenn sie dauerhaft Bestand haben soll? Und welche Anforderungen resultieren daraus für die demokratische Linke und ihre Politik?

## 2.1 Antagonismus, demokratisches Paradox und hegemoniale Ordnung

Wenn heute von Demokratie die Rede ist, meinen wir damit in der Regel nicht nur die Idee, alle Macht solle vom Volk ausgehen, sondern implizieren damit gleichzeitig auch einen Anspruch von Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Diese unsere Vorstellungen sind darüber hinaus geprägt von der Annahme einer beinahe selbstverständlichen Einheit von Demokratie und Liberalismus, obwohl eine solche Verbindung in der Geschichte keineswegs eine Selbstverständlichkeit war. Chantal Mouffe betont, dass insbesondere der pluralistische Anspruch der Demokratie eine Errungenschaft der Moderne ist, die mühsam über viele Jahrhunderte erstritten werden musste.<sup>31</sup> Eigentlich hätten wir es hier mit der Mischung zweier ursprünglich verschiedener Logiken zu tun: Auf der

---

<sup>31</sup> Betrachtet man den Liberalismus unter dem Aspekt der Menschenrechte, so konnte innerhalb einer Polis wie etwa der im antiken Athen von einer liberalen Demokratie in der Tat keineswegs die Rede sein, fand der politische Entscheidungsprozess doch unter Ausschluss von Frauen, Sklaven und Eingewanderten (*metoiken*) statt.

einen Seite *Gleichheit*, die Identität von Regierenden und Regierten sowie die Idee der Volkssouveränität; auf der anderen Seite *Rechtsstaatlichkeit*, also die Verteidigung der Menschenrechte und der Respekt vor der individuellen Freiheit. Was heute als ein harmonisches Hybridgebilde erscheint, ist für Mouffe in Wirklichkeit der Versuch, Feuer und Wasser zu mischen. Beide Traditionen hält sie zumindest in letzter Instanz für miteinander unvereinbar und beruft sich dabei auf den politischen Philosophen Carl Schmitt.<sup>32</sup>

Schmitt war der Auffassung, dass die parlamentarische Demokratie, so wie wir sie heute insbesondere in der westlichen Welt kennen, auf Dauer gar nicht existieren könne. Ausgangspunkt für dieses Konstrukt sei die demokratische Maxime, nach der „jede Person *als* Person automatisch jeder anderen Person gleich“ sei. Was auf den ersten Blick wie ein Idealzustand in Harmonie und Frieden klingt, war für Schmitt in Wirklichkeit hochgradig politisch, d.h. auch in einer solchen Utopie waren seiner Meinung nach Abgrenzung und Konfrontation möglich. Er begründete das auf zweierlei Weise: Erstens könne Gleichheit niemals absolut verstanden werden, sondern sie trete stets in anderer Gestalt auf, z.B. als politische Gleichheit, soziale Gleichheit etc. Zweitens definiere sich jeder dieser Gleichheitsbegriffe durch die Abgrenzung zu den anderen, die er nicht einschließt. Ansonsten wäre eine Kategorisierung in ungleich oder gleich ohne Sinn. Wann immer sich eine kollektive Identität bilde, so tue sie dies relational: Ein „Wir“ könne immer nur bestehen, wenn auch ein „Sie“ formuliert werde (in diesem Zusammenhang wird oft auf die Formulierung des französischen Philosophen Derrida vom „konstitutiven Außerhalb“ verwiesen). Wenn wir diese Feststellungen in politischer Hinsicht betrachten, dann ergibt das nach Schmitt folgende Konsequenz: Es gibt diejenigen, die gemeinsame politische Rechte teilen und somit zum *Demos* gehören, und solche, die von einem solchen Anspruch ausgeschlossen werden. Insofern war für Schmitt das Wesen des Politischen der Antagonismus, die Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Demokratie in einer kosmopolitischen Gesellschaft hielt Schmitt daher auch niemals für möglich, sondern bestehen könne sie nur innerhalb eines homogenen „Volkes“, das alle Antagonismen jenseits seiner selbst austrage.<sup>33</sup>

Für jeden Anhänger der modernen Demokratie sind Schmitts Annahmen in zweierlei Hinsicht problematisch: Erstens schließt die von ihm eingeforderte Homogenität eines Volkes in Abgrenzung zu all jenen, die sich diesem Prinzip nicht unterordnen („Feinde“), einen

---

<sup>32</sup> Chantal Mouffe, 2008: Das demokratische Paradox, Wien: Turia + Kant, S. 20 f.

<sup>33</sup> Ebd., S. 52 f.

insbesondere im Westen heute als selbstverständlich erscheinenden pluralistischen Anspruch aus. Zweitens resultiert daraus ein Konflikt zwischen den zwei oben genannten Logiken, der liberale Demokratien, die gerade auf der Vereinbarkeit von Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit insistieren, widersprüchlich erscheinen lässt: Beide Sphären, aus denen sie sich speisen, sind in letzter Instanz nicht miteinander vereinbar. Vollkommene Gleichheit ist nicht denkbar, ohne gleichzeitig auch die Freiheit zu verletzen.

Chantal Mouffe teilt die Ansichten Carl Schmitts: Auch für sie sind Demokratie und Liberalismus in letzter Konsequenz nicht kompatibel und sie erkennt das antagonistische Wesen des Politischen an, das die Bildung eines „rationalen Konsenses“ ihrer Meinung nach ausschließt. Dennoch kommt sie zu anderen Schlussfolgerungen als Schmitt: Auch wenn die Homogenität (Mouffe spricht hier lieber von „Kommunalität“) des *Demos* für sie eine notwendige Bedingung ist, schließe das Pluralismus hinsichtlich Religion, Moral, Kultur und Politik nicht aus. Sie spricht sogar von einem „falschen Dilemma“, das Carl Schmitt hier schaffen würde. Für ihn zerstört Pluralismus die Einheit eines Volkes und damit dessen Existenz selbst; Mouffe glaubt dagegen, dass Kommunalität unter pluralistischen Vorzeichen möglich ist.<sup>34</sup> Auch wenn das Wesen liberaler Demokratie paradox sei, so sei doch gerade sie „die eigentliche Bedingung der Möglichkeit einer pluralistischen Form menschlicher Koexistenz, in der Rechte existieren *und* ausgeübt werden können, in der Freiheit und Gleichheit irgendwie zusammen existieren können“<sup>35</sup>. So herrsche zwar eine Spannung zwischen Liberalismus und Demokratie und dieser Konflikt *könne* potentiell, wie jeder Antagonismus, in einem Freund-Feind-Denken ausarten, er *müsse* es aber nicht zwangsläufig. Ein offener Konflikt entstehe demnach genau dann, wenn ein „Sie“ sich weigere, die Identität und die Existenz eines „Wir“ als rechtmäßig anzuerkennen. Dennoch sei Widerstreit für die moderne politische Gemeinschaft prinzipiell durchaus konstitutiv: Könne nämlich ihre antagonistische Dimension schon nicht überwunden werden, so sei es doch zumindest möglich, das Verhältnis beider Seiten zueinander im Rahmen eines politischen Prozesses immer wieder neu zu verhandeln. Die liberale Demokratie sei eben der Schauplatz von Kämpfen, in dem jede der politischen Kräfte versuche die Oberhand über die andere zu gewinnen. Ein solcher Widerstreit könne immer nur vorübergehend durch Verhandlungen

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 64 f.

<sup>35</sup> Ebd., S. 27.

beruhigt werden, aber dieses Faktum sei eben anzuerkennen und man müsse einen Weg finden, diese Auseinandersetzung auf eine friedliche Weise zu ermöglichen.<sup>36</sup>

„Die Formen der Artikulation eines Antagonismus, weit davon entfernt, vorherbestimmt zu sein, sind das Resultat eines hegemonialen Kampfes.“<sup>37</sup> Auf diesem Zitat basiert Chantal Mouffes Forderung nach einem Demokratiemodell, welches nicht nur die unbestreitbare Wirklichkeit des Antagonismus im politischen Geschehen anerkennt, sondern das auch die Bedeutung von Macht angemessen berücksichtigt. So heißt es bei ihr: „Jede Form sozialer Objektivität wird durch Akte der Macht hergestellt.“<sup>38</sup> Mit anderen Worten definiere sich auch das, was auf den ersten Blick objektiv erscheine, über ein „konstitutives Außen“ und sei somit ebenfalls politischer Natur, also verhandelbar. Eine Hegemonie sei nun genau der Punkt, an dem Objektivität und Macht ineinander fallen. Daher sei die Bestimmung darüber, wer zum „Wir“ und wer zum „Sie“ gehört - eben jene Bestimmung der Identitäten - das Resultat einer hegemonial geprägten Ordnung. Gleiches gelte auch für die Wesenseinheit des *Demos*: Mouffe hält es für niemals endgültig festgelegt, wer oder was *das* Volk ist. Dessen Identität sei immer nur das vorübergehende Ergebnis einer in einem politischen Prozess errungenen Deutungshoheit, die sich aus „multiplen und konkurrierenden Formen der *Identifikation*“ speise.<sup>39</sup> Doch eben weil die daraus erwachsene politische Ordnung konstruiert sei, eröffne das auch immer die Möglichkeit, sie zu stürzen und durch eine andere Hegemonie zu ersetzen. Eine Vorrangstellung ist für Mouffe stets nur der Ausdruck der gegenwärtigen Machtverhältnisse, aber niemals endgültig zementiert.<sup>40</sup> Wenn die liberale Demokratie nicht dem Schmittschen Dilemma zum Opfer fallen solle, so müsse man zwei Grundsätze akzeptieren: Erstens könne Macht nicht aus dem politischen Prozess getilgt werden; daher müsse ihre Bedeutung anerkannt werden. Zweitens resultiert daraus, dass Demokratie unter Wahrung eines Pluralismus-Postulats nur dann funktionieren könne, wenn kein sozialer Akteur für seine eigenen Forderungen einen absoluten Anspruch erhebe. Eben deswegen

---

<sup>36</sup> Ebd., S. 22.

<sup>37</sup> Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen, S. 231.

<sup>38</sup> Ebd., S. 66.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Chantal Mouffe, 2010: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 27.

brauche es eine politische Ordnung, die Antagonismen immer die Möglichkeit gebe, auch ausgetragen und nicht unterdrückt zu werden.<sup>41</sup>

## 2.2 Die „agonistische“ Zählung

Wenn liberale Demokratie wirklich möglich sein soll, wie das Chantal Mouffe behauptet, besteht die Herausforderung darin, die antagonistische Dimension des Politischen nicht nur zu akzeptieren, sondern auch eine Möglichkeit zu finden, diese zu zähmen, um die demokratischen Institutionen vor deren gewaltsamen Ausbruch zu schützen. Mouffe schlägt dafür die Abkehr vom Schmittschen Freund-Feind-Schema und die Hinwendung zu einem „Modell der Gegnerschaft“ vor. In einer liberalen Demokratie dürfe es nicht darum gehen, die Ideen des anderen vernichten zu wollen, sondern beide Seiten müssten einen Minimalkonsens erzielen, der es ihnen ermögliche, einen gemeinsamen symbolischen Raum zu teilen. Das Erreichen eines endgültigen „rationalen Konsenses“ schließe das allerdings weiterhin aus.

Auf dieser gemeinsamen Wertebasis bekämpfe man zwar einander, aber dies sei kein Kampf um Leben oder Tod, sondern er finde unter dem Zugeständnis statt, das Gegenüber und die von ihm geforderten Ideen seien legitim. Und es gibt sogar ein gemeinsames Fundament in einer liberalen Demokratie: Es ist das Streben nach Freiheit und Gleichheit für alle. Allerdings darin, wie sie zu interpretieren seien und wie man sie erreichen könne, darüber bestünde eine unüberwindbare Uneinigkeit.<sup>42</sup>

Mouffe insistiert an dieser Stelle auf dem Terminus des „Gegners“: Der Begriff des „Feindes“ wäre nämlich für die Demokratie existenzgefährdend, weil er Möglichkeit intendiere, die gesellschaftlichen Antagonismen in Form blutiger Auseinandersetzungen auszutragen. Verfehlt hält sie es aber auch, von „Konkurrenten“ zu sprechen. Die Interessen zwischen den widerstrebenden Parteien können vielleicht im Anschluss an eine Phase des Wettstreits vorläufig in einen Ausgleich zueinander gebracht werden, aber die Aussicht auf einen dauerhaften Konsens, den deliberative Demokratiemodelle wie beispielsweise das von Jürgen Habermas für möglich halten, bestreitet Mouffe. Die antagonistische Dimension des Politischen könne nicht überwunden werden und es wäre gefährlich, dies in der Politik zu

---

<sup>41</sup> Mouffe: Das demokratische Paradox, S. 37.

<sup>42</sup> Ebd., S. 103 f.

leugnen, verhindere das doch deren Zähmung.<sup>43</sup> Für jene Beziehungsform, in der eine solche Domestizierung stattfinden soll, verwendet Mouffe den Begriff des „Agonismus“ oder jenen des „agonistischen Pluralismus“. Die Hauptaufgabe einer Demokratie sieht sie somit darin, den Antagonismus in eben einen solchen „Agonismus“ umzuwandeln. Die Zähmung von Konflikten sei aber immer nur dann möglich, wenn dort genug Raum für die Artikulation pluraler Ideen gegeben sei.<sup>44</sup>

Was macht für Mouffe also eine gut funktionierende Demokratie aus? Vielleicht lässt es sich am besten so zusammenfassen: Die Konfrontation demokratischer Antagonismen, die sich in gegenseitiger Akzeptanz bekämpfen und einen gemeinsamen symbolischen Raum teilen. Damit steckt sie den Rahmen ab, innerhalb dessen die Konflikt zwischen der politischen Linken und der politischen Rechten auszutragen sind. Darüber hinaus müssten beide Seiten kollektive Formen der Identifikation bilden, wobei Mouffe hier mit den Theorien Sigmund Freuds argumentiert.<sup>45</sup> Demnach wäre es die Aufgabe von Links und Rechts, solche kollektiven Identitäten zu formulieren, die auch die politischen Leidenschaften der Bürger mobilisieren könnten. Für diese bräuchte es ein Ventil in Form einer demokratischen Auseinandersetzung, denn sonst bestehe die Gefahr, den Antagonismus auf eine andere Ebene zu übertragen als auf die der Politik: Nämlich auf die einer Konfrontation zwischen „essentialistischen Formen der Identifikation oder zwischen nicht verhandelbaren moralischen Werten.“ Damit befänden wir uns im Bereich des Extremismus oder Fundamentalismus, durch deren Freisetzung eine funktionierende politische Gemeinschaft zum Scheitern verurteilt wäre.<sup>46</sup>

Mit dem Begriff der „Leidenschaft“ begibt sich Mouffe auf die Ebene der Psychoanalyse. Die Lehre Sigmund Freuds mag genug Anhaltspunkte bieten von den Trieben des Einzelnen auch auf kollektive Emotionen Rückschlüsse zu ziehen, hat der Begründer der Psychoanalyse doch insbesondere nach dem 1. Weltkrieg die psychischen Mechanismen innerhalb von Massenbewegungen untersucht. Möchte man jedoch allein aus einem politiktheoretischen Rahmen heraus

---

<sup>43</sup> Mit „Politik“ meint Mouffe das empirische Gebiet der Politikwissenschaft („ontische Ebene“), während sie das „Politische“ als die Domäne der Philosophen betrachtet, die nach dessen Wesen („ontologische Ebene“) fragen (vgl. Mouffe: Über das Politische, S. 15).

<sup>44</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 29 f.

<sup>45</sup> In der vorliegenden Arbeit ist es nicht möglich, sich dem Werk, des Begründers der Psychoanalyse angemessen zu widmen. Hier soll lediglich der Aspekt hervorgehoben werden, dass für Freud der Mensch per se qua Trieb zu Aggression und zur Gruppenbildung neige. Mouffe schließt daraus, dass im Wesen des Menschen eine Sehnsucht nach „leidenschaftlicher Parteilichkeit“ im politischen Prozess bestehe und er daher einen absoluten Konsens ablehne (vgl. Mouffe: Über das Politische, S. 36 ff.).

<sup>46</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 42 f.



argumentieren - und darauf soll sich diese Arbeit beschränken - ließe sich auch ein anderer Begriff verwenden, den Chantal Mouffe gemeinsam mit dem argentinischen Politiktheoretiker Ernesto Laclau hervorgehoben hatte: den der „Äquivalenzkette“. Demnach basiere jeder Antagonismus immer auf „der Konstruktion einer sozialen Identität – einer überdeterminierten Subjektposition – auf der Basis einer Äquivalenz zwischen einer Reihe von Elementen oder Werten, die jene anderen, denen sie entgegengesetzt sind, ausschließen oder nach außen verlagern.“<sup>47</sup> Kollektive Identitäten ließen sich entlang gemeinsamer Vorstellungen und Interessen bilden, die ein „Wir“ in Abgrenzung zu einem „Sie“ konstruieren könnten. „Kollektiv“ ist dabei keinesfalls als „homogen“ miss zu verstehen, sondern eine solche Äquivalenzkette kann aus ganz unterschiedlichen Verbindungen hervorgehen, die zunächst sogar miteinander in Konflikt liegen können. Dass sich daraus eine gemeinsame Agenda formulieren lasse, verlange daher die Möglichkeit politischer Artikulation.<sup>48</sup> Der Begriff der Äquivalenzkette hätte an dieser Stelle eine solidere Basis für Mouffes Agonismus-Forderung ergeben. Man kann durchaus der Auffassung sein, dass Leidenschaften im politischen Prozess eine gewisse Rolle spielen, doch werden sie doch erst durch das Eintreten für bestimmte Werte und Interessen geweckt. Wenn diese in einer liberalen Demokratie nicht artikuliert werden dürfen, wenn keine kollektive Identität entlang einer Äquivalenzkette gebildet werden können, dann wirkt dies wie der Deckel auf einem dampfenden Kessel: der Druck bricht sie auf andere Weise Bahn, d.h. in einer ungezähmten, gewaltsamen Form.

### 2.3 Radikale und plurale Demokratie

Bisher haben wir uns mit dem Wesen des Politischen und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Politik im Allgemeinen auseinandergesetzt. Dieser Exkurs war nötig, um nachvollziehen zu können, inwiefern nach Mouffe Antagonismen für die liberale Demokratie konstitutiv sind. Infolgedessen gibt es also mindestens zwei Konfliktparteien, zwischen denen ein „rationaler Konsens“ unmöglich ist und die um die Errichtung einer jeweils eigenen Hegemonie streiten. Dieser Prozess läuft friedlich ab, solange die Beteiligten die Legitimität ihres Gegenübers anerkennen und für ihre eigenen Ideen keinen absoluten Anspruch erheben. Aber einmal ganz praktisch nachgefragt: Ist gegenwärtig eine demokratische Konfrontation unter agonistischen Vorzeichen überhaupt möglich? Chantal

---

<sup>47</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 225 f.

<sup>48</sup> Chantal Mouffe, 2005: Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Wien: Turia + Kant, S. 38.

Mouffe verneint diese Frage und führt dafür zwei Gründe auf: Zum einen sieht sie – ähnlich wie Anthony Giddens auch – im Kollaps der sozialistischen Systeme Osteuropas eine Zäsur, die die Hegemonie des Neoliberalismus zementiert habe. Dieser könne seitdem beinahe unwidersprochen seine eigene Alternativlosigkeit propagieren und versuche so „unter dem Deckmantel der Verteidigung der ‚individuellen Freiheit‘ Ungleichheiten zu legitimieren und die hierarchischen Verhältnisse zu erneuern“<sup>49</sup>. Zum anderen – und hier unterscheidet sie sich von Giddens – wirft sie der Sozialdemokratie vor, dass sie diese hegemoniale Ordnung akzeptiere und sich deren Logik anpasse, anstatt eine eigene politische Alternative zu formulieren.<sup>50</sup>

Wie könnte aber ein solcher politischer Gegenentwurf aussehen? Mouffe geht es dabei mitnichten um einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse in einer jakobinischen Auffassung von Revolution, wo man überzeugt ist, es gäbe einen Punkt „der Konzentration der Macht, von dem aus die Gesellschaft ‚rational‘ reorganisiert werden könnte“. Sie möchte vielmehr eine Alternative formulieren, die links ist und die für sich den Anspruch erhebt, die „liberal-demokratische Ideologie [...] in Richtung auf eine radikale und plurale Demokratie zu vertiefen und auszuweiten.“<sup>51</sup> Links müsse diese deshalb sein, weil ihr Ziel die Überwindung hierarchischer Strukturen sei, deren Quelle „kapitalistische Produktionsverhältnisse“ seien. Allerdings sei dabei der Sozialismus nichts weiter als *ein* Bestandteil eines Projektes radikaler Demokratie und nicht umgekehrt. In einer freiheitlichen Demokratie sei eine solche Konstellation möglich, denn hier sei die Interpretation dessen, was individuelle Rechte sind, Ergebnis eines lebendigen hegemonialen Kampfes und somit niemals endgültig durch bindende politische Rahmenbedingungen festgelegt. Ziel müsse also eine demokratische Revolution im Sinne eines Gegenmodells zu den neoliberalen Erneuerungssehnsüchten einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft sein.<sup>52</sup> Dabei sei das *Demokratische* an der Demokratie die „Ausweitung und Vertiefung des egalitären Horizonts“, also der Prozess fortschreitender gesellschaftspolitischer Inklusion der vor allem in sozialer und ökonomischer Hinsicht ausgeschlossen Schichten.<sup>53</sup> Es gehe also letztlich darum, eine

---

<sup>49</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 240.

<sup>50</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 44 f.

<sup>51</sup> Der Politiktheoretiker Oliver Marchart erkennt in diesem Verständnis von Revolution eine Parallele zu dem sogenannten „Altermundialismus“. Demnach dürfe es bei einem Umsturz nicht um einen „totalen Bruch mit allem Bestehenden“ gehen, sondern um eine weltweit verlaufende Demokratisierungswelle möglichst vieler Lebensbereiche mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit. Ein „linkes Projekt“ müsse demnach Hannah Arendts republikanisches Modell zu einem „demokratischen Republikanismus“ erweitern (vgl. Oliver Marchart, 2005: Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung, Wien: Turia + Kant, S. 163 ff.).

<sup>52</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 240 f.

<sup>53</sup> Marchart: Neu beginnen, S. 162.

kollektive Identität zu formen, indem alle Kämpfe gegen Unterdrückung zu einer „Kette demokratischer Äquivalenzen“ verbunden werden. Diese Koordination oftmals heterogener Forderungen sei möglich, weil sie in Abgrenzung zu einem gemeinsamen Gegner, durch ein „konstitutives Außerhalb“ geschehe. *Radikal* meint daher, diese „Subjektpositionen“ zu bündeln und dadurch erst schlagkräftig zu machen.<sup>54</sup> Die Demokratie müsse aber auch weiterhin *plural* sein, da jeder dieser Standpunkte für sich genommen als eigenständig zu begreifen wäre: „Nur wenn akzeptiert wird, dass die Subjektpositionen nicht auf ein positives und einheitliches Grundprinzip zurückgeführt werden können – nur dann kann der Pluralismus radikal gedacht werden. Der Pluralismus ist nur in dem Maße *radikal*, als jedes Glied dieser Pluralität von Identitäten in sich selbst das Prinzip seiner eigenen Geltung findet, ohne dass dies in einer transzendenten oder zugrundeliegenden positiven Basis für ihre Bedeutungshierarchie und als Quelle und Garantie ihrer Legitimität gesucht werden muss.“<sup>55</sup>

Dies sind also die Konstituenten, die Mouffe für die Überwindung der neoliberalen Hegemonie und für die Etablierung einer linken als unabdingbar erachtet. Allerdings möchte sie den Liberalismus als solchen, wenn damit seine ethische Dimension gemeint ist, nicht angegriffen wissen. Ja, dergestalt sei er geradezu notwendig, denn zur Verwirklichung einer radikalen und pluralen Demokratie reiche die bloße demokratische Forderung nach Gleichheit nicht aus; vielmehr müsse diese um den liberalen Anspruch auf Freiheit ergänzt oder auch gegebenenfalls durch diesen eingeschränkt werden.<sup>56</sup> Nur so lasse sich Pluralismus realisieren, was wiederum unverzichtbar für die agonistische Zählung artikulierter Antagonismen sei. Beide Ideale, Freiheit und Gleichheit, seien die „ethisch-politischen“ Grundpfeiler der liberalen Demokratie. Dass sie gegenwärtig noch nicht für alle erreicht seien, bedeute nicht, sie deswegen prinzipiell in Frage zu stellen. Gerade deren Verwirklichung sei Aufgabe der Linken und das ginge nicht, ohne „die gegenwärtige neoliberale Form der kapitalistischen Ordnung“ anzufechten.<sup>57</sup>

Halten wir fest: Ein „agonistischer Pluralismus“ ist gegenwärtig deswegen nicht möglich, weil nach Mouffes Auffassung die Sozialdemokratie sich davon verabschiedet hat, den Machtanspruch des Neoliberalismus anzufechten. Sie verzichte darauf, mit einem Konzept „radikaler und pluraler Demokratie“ eine eigene Hegemonie errichten zu wollen und gefährde

---

<sup>54</sup> Ebd., S. 143 f.

<sup>55</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 228 f.

<sup>56</sup> Ebd., S. 250 f.

<sup>57</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 44 f.

damit letzten Endes die politische Ordnung selbst, weil sie die Artikulation demokratischer Werte im Sinne der Gleichheit verhindere.

Ist aber dieses Theoriekonzept Chantal Mouffes letztlich realitätstauglich? Um diese Frage zu beantworten, gilt es in einem nächsten Schritt dieses Konzept mit dem zu konfrontieren, das für die Sozialdemokratie seit der Jahrtausendwende eine maßgebliche Basis ihrer Programmatik liefert: mit Anthony Giddens Dritten Weg.

### 3. Der Dritte Weg in der Kritik und die Chancen eines linken Projektes

Für Chantal Mouffe ist Anthony Giddens Dritter Weg weit davon entfernt, ein eigenes linkes Alternativprojekt darzustellen. Sein Theoriekonzept erfülle nicht die Anforderungen einer aus ihrer Sicht notwendigen „radikalen und pluralen Demokratie“, sondern sei nichts weiter als die Rechtfertigung für eine Anpassung der Linken an das herrschende Hegemoniesystem.<sup>58</sup> Im Folgenden wollen wir uns nicht nur mit den Gründen befassen, warum der Dritte Weg mit Mouffes Anforderungen kollidiert; vielmehr wird auch zu untersuchen sein, ob ein linkes Projekt unter den von Mouffe beschriebenen Leitlinien angesichts der unbestreitbar sich vollziehenden sozio-ökonomischen Veränderungen überhaupt realistisch ist. Dabei wollen wir uns an drei Gegenwartsphänomenen orientieren, an denen die Kontroverse zwischen Giddens und Mouffe am deutlichsten wird: der zunehmenden gesellschaftlichen Individualisierung und ihre Auswirkung auf kollektive Identitäten; der Bedeutung des Links-Rechts-Antagonismus in der heutigen Zeit unter dem Aspekt sozialer Ungleichheit; und der vermeintlichen Alternativlosigkeit von Kapitalismus und Globalisierung.

#### 3.1 Kollektive Identitäten in einer individualisierten Gesellschaft

Wenn wir danach fragen, ob ein „linkes Projekt“ im Sinne Mouffes für die Gegenwart etabliert werden kann, müssen wir uns parallel dazu mit der Problematik auseinandersetzen, ob die von Giddens beschriebene Tendenz zur Individualisierung die Bildung kollektiver Identitäten überhaupt noch zulässt? War bisher immer unbestritten, Ziel der Linken müsse sein, die Forderungen der demokratischen Kräfte in Abgrenzung zu ihren Gegnern politisch zu artikulieren, so stellt sich heute die Frage: Ist dies in einer derart heterogenen Gemeinschaft wie der unseren überhaupt noch möglich?

---

<sup>58</sup> Mouffe: Das demokratische Paradox, S. 23.

Dass moderne Gesellschaften von einer zunehmenden Individualisierung geprägt sind, bestreitet auch Chantal Mouffe nicht. Ähnlich wie Anthony Giddens diagnostiziert sie für die Gegenwart die Politisierung bislang unpolitischer Gesellschaftsbereiche, doch anders als dieser sieht sie deren Ursache nicht nur in neu entstandenen Subjektpositionen, sondern auch in einer Erweiterung der Antagonismen. Individualisierung sei der „Ausdruck von Widerstandsformen gegen Kommodifizierung, Bürokratisierung und zunehmende Homogenisierung des sozialen Lebens.“<sup>59</sup> Während man von den beiden „demokratischen Imaginären“ Freiheit und Gleichheit letzterer lange Zeit den Vorzug gegeben habe, wollten nun immer mehr Menschen sich von diesen o.g. Zwängen emanzipieren und die eigene Autonomie ausweiten. Die Folge sei eine Vielzahl von partikularen individualistischen Oppositionsbestrebungen, die nur schwer zu bündeln scheinen. Auf den ersten Blick – und zu diesem Schluss kommt Giddens ja – muss es der Linken schwer fallen, sich an dergestalt Gegebenheiten anzupassen, bevorzugt sie doch traditionell kollektive Lösungen. Doch auch wenn die demokratische Bewegung heute divergenter ist und nicht mehr unter dem Überbegriff der „Klasse“ zusammengefasst werden könne, sieht Mouffe in dieser Entwicklung keinen Bedeutungsverlust kollektiver Identitäten an sich: Denn auch dieser Prozess der Individualisierung findet in einer Betonung von Differenzen zur Konstituierung der eigenen Identität innerhalb eines kollektiven Rahmens, etwa eines gesellschaftlichen Trends, statt.<sup>60</sup> Der Antagonismus an sich bleibe also in seiner Form unverändert und somit sei die Bildung einer Äquivalenzkette – unter Berücksichtigung der Pluralität - weiterhin möglich.<sup>61</sup>

Der Vorwurf Mouffes gegenüber Giddens lautet somit, dass er die Relevanz kollektiver Identitäten schmälern wolle und dadurch einen postpolitischen Weg einzuschlagen. Seine „Politik der Lebensführung“ behaupte, ohne Gegner auszukommen und nicht von Gruppen, sondern von Individuen entschieden zu werden. Der zwischen jenen stattfindende Dialog schüfe neue Solidaritäten und Vertrauen. Gerade weil die gesellschaftliche Individualisierung im Angesicht neuer, hergestellter Risiken auch eine politische Individualisierung nach sich gezogen hätte, resultiere für Giddens daraus ein Verschwimmen der politischen Grenzen, wodurch das Modell der Gegnerschaft zunehmend obsolet würde.<sup>62</sup> Mouffe sieht in diesem „dialogischen Ansatz“ eine Blindheit für die hegemoniale Dimension von Politik. Giddens

---

<sup>59</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 225 f.

<sup>60</sup> Um es an einem Beispiel zu veranschaulichen: Es ist zwar der Einzelne der eine Wahl trifft; man denke etwa an die individuell getroffene Entscheidung, sich fortan mit Bio-Produkten zu versorgen. Dabei ist er aber Teil eines Trends, der zeitgleich von vielen Anderen, ergo einem Kollektiv getroffen wird.

<sup>61</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 225 f.

<sup>62</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 64 ff.

begreife nicht, dass Machtverhältnisse bei der Konstruktion von Objektivität eine zentrale Rolle spielten. Wenn er daher die Schaffung kollektiver Identitäten und die Bedeutung des Antagonismus für nichtig erkläre, ginge er damit in Wirklichkeit einer Realität auf den Leim, die von der neoliberalen Hegemonie konstruiert wurde, um die Anfechtung ihrer Vorherrschaft zu verhindern.<sup>63</sup>

In der Tat ist Giddens der Meinung, dass der Dritte Weg „auf die gesellschaftliche Machtverteilung aus Prinzip keine Rücksicht“ nehmen dürfe. Dass sich eine Regierung „links der Mitte“ Lobbygruppen und übermächtigen Unternehmen entgegenstelle, dass sie die Demokratie ausbaue und erweitere, hält er für eine Selbstverständlichkeit. Was er dagegen ablehnt ist jede Idee einer „Befreiungspolitik“: Es gäbe nicht *die* Bösen, als welche gerade die „alten Linke“ immer Kapitalisten, Märkte, Großunternehmen und Reiche gesehen habe. Es sei zu einfach gedacht, glaubte man, wenn bestimmte Elemente in der Gesellschaft besiegt seien, dann werde alles gut werden. Eine „neue Linke“ müsse sich von dieser Schwarz-Weiß-Malerei, wie sie auch bei der politischen Rechten – wenn auch unter anderen Vorzeichen - betriebe werden, distanzieren.<sup>64</sup>

Dass sich Giddens mit dieser Sichtweise auf einem Irrweg befindet, wird für Chantal Mouffe offensichtlich, da auch er nicht darum herum kommt, letztlich doch einen Gegner zu definieren: den „Fundamentalisten“. Dieser sei der einzige Typus eines radikalen Opponenten, der sich über die Ablehnung der Errungenschaften der reflexiven Modernisierung definiere und deswegen im Dritten Weg von der Teilnahme dialogischer Debatten ausgeschlossen werden müsse. Mouffe hält diesen Prozess für gefährlich, verhindere er doch jede Möglichkeit, anscheinend ja doch vorhandene innergesellschaftliche Konflikte agonistisch zu zähmen. Giddens ließe nur eine antagonistische Form zu, nämlich die zwischen den selbsternannten Kräften des Fortschritts und den Fundamentalisten.<sup>65</sup> Weil er auf diese Weise aber die Auseinandersetzung zwischen durchaus legitimen politischen Positionen unterbinde, also jede abweichende Ansicht als die von Fundamentalisten und somit als nicht gleichberechtigt ansieht, führe das zu einer „Moralisierung von Politik“. Die Wir-Sie-Unterscheidung finde zwar weiterhin statt, aber nicht länger in Form einer Einteilung in politische Begriffe, sondern innerhalb der Kategorien „gut“ oder „böse“. Der Opponent werde nicht mehr als „Gegner“, sondern nur noch als „Feind“ des Fortschritts betrachtet. Die für den „Agonismus“ konstitutive politische Artikulation anderer Ansichten sei somit nicht mehr

---

<sup>63</sup> Ebd., S. 72.

<sup>64</sup> Anthony Giddens, 2001: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 47.

<sup>65</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 67 f.

möglich und die demokratische Öffentlichkeit werde dadurch, dass sich die ja dennoch vorhandenen Antagonismen auf andere Weise verfestigten, ausgehöhlt.<sup>66</sup> Mouffe kommt daher zu dem Schluss, dass Giddens genau das verhindere, was er eigentlich wolle: die Schaffung von „Voraussetzungen für eine reifere und konsensorientiertere Form von Demokratie.“<sup>67</sup> Konsens hält zwar auch Mouffe für erstrebenswert, ein absoluter sei eben nicht möglich, sondern nur im Rahmen des „Agonismus“.

Im Gegensatz zu Giddens, der seinen Dritten Weg „links der Mitte“ positioniert, fordert Mouffe daher eine neue „radikale Politik“. Diese dürfe sich nicht an der Mitte orientieren, sondern müsse einen politischen Gegner definieren. Anders ließe sich eine Veränderung der Machtverhältnisse nicht erreichen. Allerdings meint sie damit nicht, das Ziel wäre die Bildung einer kleinen extremistischen Gruppe, die nur Minderheitenpositionen einnimmt. Das „linke Projekt“ müsse auch die Mitte der Gesellschaft erreichen, um eine breite gesellschaftliche Allianz schmieden zu können. Dabei könne es jedoch niemals darum gehen, einen Kompromiss zwischen Gegnern und Befürwortern des Neoliberalismus erzielen zu wollen.<sup>68</sup> Die Beobachtung einer gesellschaftlichen Individualisierung und die daraus resultierende Heterogenität der demokratischen Bewegung erfordere umso mehr die Bildung einer kollektiven Identität in Abgrenzung zu einem gemeinsamen Gegner. Nur auf diese Weise könnten die innerhalb der Linken bestehenden Differenzen füreinander eintreten. Parteien und Gewerkschaften hätten heute vielleicht nicht mehr den Einfluss früherer Zeiten, aber sie seien, genauso wie die Zivilgesellschaft, bedeutende Elemente, um die Machtstrukturen aufzuzeigen und zu transformieren. Insofern sei die Errichtung einer linken Hegemonie nur über ein Bündnis sämtlicher Teile der demokratischen Bewegung entlang aller unterschiedlichen „Knotenpunkte der Macht“ möglich.<sup>69</sup>

Wir können festhalten: Der Prozess der gesellschaftlichen Individualisierung ist zwar ein nicht zu bestreitendes Phänomen der Gegenwart, da er aber unter antagonistischen Vorzeichen geschieht, ist die Bildung kollektiver Identitäten weiterhin möglich. Auch wenn eine Vielzahl neuer Subjektpositionen entstanden ist, kann unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit trotzdem eine Äquivalenzkette konstruiert werden, denn sie eint diese in der Ablehnung des Neoliberalismus. Der Dritte Weg sah zwar die gesellschaftliche

---

<sup>66</sup> Mouffe nennt hier beispielsweise den Lewinsky-Skandal um den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton, in welchem sie die direkte Folge einer „farblosen, homogenisierten politischen Welt“ sieht (vgl. Mouffe: Das demokratische Paradox, S. 113).

<sup>67</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 99.

<sup>68</sup> Chantal Mouffe, 1998: The radical centre. A politics without adversary, in: Soundings 9, S. 19 f.

<sup>69</sup> Mouffe: Exodus und Stellungskrieg, S. 38 f.

Individualisierung, erkannte aber nicht, dass diese relational verlief und war daher nicht in der Lage, die plurale demokratische Bewegung unter einem gemeinsamen Banner zu versammeln.

### 3.2 Die Links-Rechts-Unterscheidung und die Rolle sozialer Ungleichheit

Chantal Mouffe und Anthony Giddens sind sich darüber einig, dass *links* meint, Ungleichheiten abbauen zu wollen. Doch ist ein eigenes, spezifisch „linkes Projekt“ überhaupt noch erstrebenswert? Wenn Ungleichheit heute nicht nur unter einem sozialen Aspekt betrachtet werden muss, sondern auch unter anderen Gesichtspunkten, dann muss das folglich Auswirkungen auf das politische Lagerdenken haben. Es ist daher unerlässlich, sich nicht nur mit der Frage auseinanderzusetzen, ob der Links-Rechts-Antagonismus überhaupt noch zeitgemäß ist, sondern auch, ob soziale Ungleichheit, bisher die wichtigste Trennlinie zwischen den politischen Konfliktparteien, heute eigentlich noch die Relevanz früherer Tage besitzt?

Der Hauptvorwurf, den Chantal Mouffe dem Dritten Weg macht, ist dessen Behauptung, die politische Abgrenzung zwischen links und rechts sei ein Erbe der ehemals „einfachen Modernisierung“ und angesichts der heutigen reflexiven Modernisierung keine zeitgemäße Kategorie mehr. Sie sieht darin den Versuch, diese Unterscheidung endgültig ad acta legen zu wollen und nicht nur das: Indem Giddens eine dialogische Demokratie anstrebe, ignoriere er auch die Relevanz sozialer Spaltung in der modernen Gesellschaft, obwohl gerade für diese die bestehenden Machtverhältnisse konstitutiv seien. Das Aufeinanderprallen harter Interessengegensätze werde damit übergangen.<sup>70</sup> Ursache für diesen „Dritte-Weg-Virus“<sup>71</sup> sieht sie in einer Fehleinschätzung: Dadurch dass die Linke Pluralismus und liberal-demokratische Institutionen letztlich akzeptiert habe, habe sie auch geglaubt, eine eigene Alternative zur Anfechtung der vorherrschenden hegemonialen Ordnung an sich sei nicht mehr notwendig. Infolgedessen hätte eine „Sakralisierung des Konsensus“<sup>72</sup> stattgefunden. Die Links-Rechts-Unterscheidung wurde verwischt und die Linke positionierte sich in der politischen Mitte. Dabei lehnt Mouffe Konsens an sich nicht ab, ja er sei hinsichtlich der demokratischen Institutionen sogar notwendig. Worüber jedoch zwischen den politischen Lagern Uneinigkeit bestehe, und dies sollte in einer pluralistischen Demokratie auch

---

<sup>70</sup> Mouffe: Das demokratische Paradox, S. 109.

<sup>71</sup> Ebd., S. 111.

<sup>72</sup> Ebd.



akzeptiert werden, sei die Frage über die Rolle sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft.<sup>73</sup> Mit anderen Worten: Die Frage der Ungleichheit steht für Mouffe auch weiterhin im Zentrum der Unterscheidung zwischen *links* und *rechts*.

In der Tat besitzt die soziale Ungleichheit für Anthony Giddens in der Gegenwart nicht mehr dieselbe Relevanz wie in frühen Zeiten. Zwar hat er die neoliberale Behauptung zurückgewiesen, soziale Disparitäten seien der Preis für ökonomische Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt und dass anders die Mehrung des Gesamtwohlstandes nicht möglich sei.<sup>74</sup> Doch auf der anderen Seite ist er auch der Meinung, dass „Glück ebenso wie sein Gegenteil in keinem eindeutigen Verhältnis zum Reichtum oder zum Besitz der Macht steht.“<sup>75</sup> Für ihn steht in traditionell angelsächsischer Manier *the pursuit of happiness*, das Streben nach Glück, im Zentrum des Lebens eines jeden Einzelnen und insofern sollte es die Ambition einer jeden Regierung sein, dieses Glück zu verwirklichen. Er versteht darunter eine Einheit aus Sicherheit, Selbstverwirklichung und Selbstachtung, aber für all das sei materieller Reichtum nicht zwingend notwendig.<sup>76</sup> Zwar müsse auch Gleichheit befördert werden. Dazu sei zwar durchaus ein gewisses Maß an sozialer Umverteilung notwendig, aber als mindestens genauso wichtig erachtet er das von dem Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen seinerzeit so bezeichnete „Bündel von Fähigkeiten“: Jeder Einzelne müsse dazu befähigt werden, für sein eigenes Wohlergehen selbst sorgen zu können. Benachteiligung resultiere insofern aus „Fähigkeitenmangel“, d.h. nicht nur aus „Mangel an Ressourcen“ sondern vielmehr trete sie auf „als Beschneidung der Freiheit, diese [die Ressourcen] vorteilhaft für sich zu nutzen.“<sup>77</sup> Kurzum: Es geht um Selbstverwirklichung. Wichtig sei daher vor allem anderen die Schaffung von Chancengleichheit, was aber dennoch eine gewisse Umverteilung von Wohlstand und Reichtum voraussetze. Dafür sieht Giddens zwei Gründe: Zum einen münde anfängliche Chancengleichheit letztlich wiederum in gesellschaftlicher Ungleichheit. Um also Lebenschancen generationenübergreifend und somit grundlegend neu ordnen zu können, brauche es Umverteilungsmechanismen, damit sich geglücktes bzw. vor allem

---

<sup>73</sup> Ebd., S. 111 f.

<sup>74</sup> Giddens: *Jenseits von Links und Rechts*, S. 129.

<sup>75</sup> Ebd., S. 245.

<sup>76</sup> Ebd., S. 258.

<sup>77</sup> Giddens: *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, S. 98 ff.

missglücktes Leben nicht innerhalb der Familien verfestige. Zum anderen müsse auch Menschen mit beschränkten Fähigkeiten ein glückliches Leben ermöglicht werden.<sup>78</sup>

Doch auch wenn sie gegenwärtig nur eine von mehreren fundamentalen gesellschaftlichen Herausforderungen darstellt: Soziale Gerechtigkeit sollte für eine Politik des Dritten Weges nach wie vor eine zentrale Rolle spielen. Giddens ist davon überzeugt, dass der Staat durch eine gezielte Steuer- und Wirtschaftspolitik, soziale Exklusion verhindern und Ungleichheit mindern kann.<sup>79</sup> Daneben seien jedoch zahlreiche neue Aufgabenfelder dazugekommen, die innerhalb des klassischen Links-Rechts-Schema nicht mehr beantwortet werden könnten. Zwar werde die politische Grenzscheide zwischen links und rechts nicht völlig verschwinden, aber diese Unterscheidung sei heute weniger zwingend als früher, gehöre doch der Klassenkampf der Vergangenheit an und sei der Kapitalismus das unangefochten akzeptierte System. Als beispielgebend für den Bedeutungsverlust des bisherigen politischen Dualismus sieht Giddens die gesellschaftliche Debatte über das Altern und seine Auswirkungen auf die Rentenpolitik an. Soziale Gerechtigkeit spiele hier nur noch insofern eine Rolle, als die Frage beantwortet werden müsse, wie eine materielle Versorgung im Alter garantiert werden könne. Das Altern selbst nämlich sei im Zeitalter der Globalisierung kein festgeschriebener Begriff mehr. Vielmehr unterliege dies den gesellschaftlichen Entscheidungen, wie Alter überhaupt zu definieren sei. Hinzu kommt, dass der Körper heutzutage nicht mehr passiv altere, sondern er könne durch Ernährung und Sport positiv beeinflusst werden. Aus diesem Grund müsse eben nicht nur eine Antwort auf die Rentenfrage gegeben werden, sondern allgemein über die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft und über das Verhältnis der Generationen zueinander nachgedacht werden.<sup>80</sup>

Warum stört sich Chantal Mouffe aber an einer solchen Politik der Mitte? Auch sie ist der Meinung, dass sich die Links-Rechts-Unterscheidung gewandelt habe und dass wir es in der Gegenwart mit neuen Herausforderungen zu tun haben, die ihrer Form nach andere geworden sind. Doch verlöre ihrer Meinung nach der politische Antagonismus deswegen keinesfalls an Relevanz. Im Gegenteil, sowohl dessen Stellenwert als auch der der Politik seien ungebrochen. Denn nach ihrer Auffassung macht Giddens in seinen Schlussfolgerungen einen entscheidenden Fehler: Er erkenne nicht, dass im Gefolge der gesellschaftlichen

---

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Ebd., S. 184.

<sup>80</sup> Ebd., S. 48 f.

Veränderungen eine Vielzahl neuer Antagonismen entstanden seien. Giddens selbst hatte beispielsweise dezidiert auf die Bedeutung ökologischer Risiken hingewiesen, aber war dennoch nicht in der Lage zu erkennen, dass diese auch eine sozial-ökonomische Ursache haben und in Verbindung mit der neoliberalen „Priorisierung von Profit und Marktmechanismen“ zusammenhängen.<sup>81</sup> Es geht insofern bei der Links-Rechts-Unterscheidung nicht darum, deren traditionelle Bedeutung reaktivieren zu wollen, sondern die beiden politischen Richtungen müssten unter Einbeziehung dieser hinzugekommenen Antagonismen mit neuem Leben gefüllt werden. Es sei falsch zu glauben, die politische Trennlinie sei abhängig von Begriffen wie dem der „Klasse“ und deren Verschwinden mache sie dann an sich obsolet. Wolle man daher der Demokratie neue Impulse verleihen und der Politik wieder eine stärkere Rolle zusprechen, müssten zeitgemäße politische Grenzen gezogen werden.<sup>82</sup> Mouffe bestreitet nicht, dass Konservatismus und Sozialismus alter Schule in einer globalisierten und reflexiven Gesellschaft keine adäquaten Antworten mehr liefern können. Eigentliches Anliegen von Chantal Mouffe ist es, einer Nivellierung der politischen Fronten und somit einer Verschleierung des bestehenden antagonistischen Wesens des Politischen entgegenzuwirken. Dabei sei es Aufgabe gerade eines „linken Projektes“ durch den Prozess einer Neudefinition des eigenen Standortes den demokratischen Kampf zu reaktivieren. Für sie bedarf es dringlich einer Alternative zum Neoliberalismus, denn seine unangefochtene Hegemonie sei der Grund dafür, warum die Linke gegenwärtig ohne glaubwürdiges Projekt dastünde.<sup>83</sup> Weiter gedacht macht ihn das auch verantwortlich für die scheinbare politische Alternativlosigkeit moderner Demokratien.

### 3.3 Kapitalismus und Globalisierung

Und auch die folgende Frage muss geklärt werden, wenn wir nach den heutigen Chancen eines „linken Projektes“ fragen: Sind Kapitalismus und Globalisierung in ihrer heutigen Form alternativlos, sodass gewisse Zwänge den Entscheidungsraum der Politik einschränken? Oder können sie nicht doch anders gedacht werden?

Im Hinblick auf den Kapitalismus besteht Mouffes Hauptkritik darin, dass Giddens von der Sozialdemokratie fordert, sich mit dem gegenwärtigen Stadium des marktwirtschaftlichen

---

<sup>81</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 68.

<sup>82</sup> Chantal Mouffe, 2007: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript, S. 49.

<sup>83</sup> Mouffe: The radical centre, S. 17 f.

Systems abzufinden. Die neoliberale Hegemonie habe sich „naturalisiert“ und präsentiere sich „als der natürliche Lauf der Dinge“. Anstatt aber deren Machtverhältnisse herauszufordern, begnüge sich die Sozialdemokratie des Dritten Weges mit „kleineren Adjustierungen, um den Leuten dabei zu helfen, mit dem angeblich unausweichlichen Schicksal der ‚Globalisierung‘ klar zu kommen.“<sup>84</sup> Für Mouffe ist das fatal, denn sie sieht darin die Abkehr vom traditionellen Ziel der Linken, die vom Kapitalismus verursachten Unwuchten insbesondere hinsichtlich der sozialen Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft zu korrigieren.<sup>85</sup> Giddens vermeide fundamentale Konflikte und weiche vor einer kritischen Analyse des Kapitalismus zurück. Er sei nicht in der Lage, zahlreiche der von ihm beschriebenen Probleme wie Exklusion oder Umweltverschmutzung in einen Zusammenhang mit den Auswirkungen globaler Marktkräfte zu bringen und daher habe sein Dritter Weg nicht die Kraft, die Hegemonie des Neoliberalismus anzufechten.<sup>86</sup>

Dabei hatte Anthony Giddens für sich selbst den Anspruch erhoben, den Kapitalismus und dessen Tendenz, globale Einkommenspolarisierungen zu schaffen, herausfordern zu wollen, indem er auf die Schädlichkeit einer allein auf Wachstum ausgerichteten und ökonomisierten Gesellschaft hinwies. Mit seinem Dritten Weg wollte er eine „Nachknappheitsordnung“ realisieren, in deren Zentrum die Eindämmung ökonomischer Armut und Unterdrückung stehen sollte und in der dann letztlich „das Streben nach ununterbrochener Akkumulation und der Anhäufung von Reichtümern abgeschwächt bzw. ganz verschwunden“ sei.<sup>87</sup> Das Wirtschaftssystem der Zukunft sollte vom „Produktivismus“, also der zwanghaften Dominanz von Lohnarbeit im Leben des Einzelnen, Abstand gewinnen. An Stelle dessen sollte das Prinzip der „Produktivität“ treten, in der neben wirtschaftlichen nun auch endlich soziale Produktionsindikatoren berücksichtigt würden. So sollten nicht länger nur solche Beschäftigungen als wertvoll erachtet werden, die einen unmittelbaren wirtschaftlichen Ertrag mit sich brächten, sondern auch jene, die beispielsweise in sozialer Hinsicht für die gesamte Gesellschaft wertvoll seien (etwa die Erziehung von Kindern innerhalb der Familie). Arbeit dürfe nicht länger einen hermetisch abgeschlossenen Bereich bilden, sondern müsse sich öffnen und auch die persönliche Entfaltung des Einzelnen und ein gesellschaftliches Zusammenleben in Glück und Harmonie berücksichtigen.<sup>88</sup> In dieser Hinsicht hätte der Dritte Weg durchaus Grundlagen für eine *linke* Alternative geboten. Sein Verständnis von Arbeit

---

<sup>84</sup> Mouffe: Das demokratische Paradox, S. 22 f.

<sup>85</sup> Ebd., S. 23.

<sup>86</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 79 f.

<sup>87</sup> Beck, Giddens und Lash: Reflexive Modernisierung, S. 333.

<sup>88</sup> Giddens: Jenseits von Links und Rechts, S. 241 f.

hätte nicht nur die neoliberale Betonung von Prinzipien wie Markteffizienz und Rentabilität in den Hintergrund rücken lassen; auch das proklamierte Ziel der Vollbeschäftigung im Sinne von „Lohnarbeit für jeden“ wäre in Anbetracht einer – durch den technischen Fortschritt bedingten - wachsenden Kluft zwischen benötigter Arbeitskraft und Wertschöpfung hinterfragt worden, die als eine bedeutende Ursache für den Anstieg sogenannter „prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ und wachsender sozialer Ungleichheit betrachtet werden kann.

Jedoch im Hinblick darauf, wie sich der Dritte Weg die Umsetzung dieser „Nachknappheitsordnung“ vorstellte, musste er scheitern. Giddens forderte die Rückbesinnung auf einen „philosophischen Konservatismus“ zur Wiedergewinnung verdrängter moralischer Anliegen wie Solidarität und erhoffte sich daraus eine Reihe von „sozialen Abmachungen“, darunter einen Gesellschaftspakt zwischen Arm und Reich. Er vertraute darauf, dass die soziale und ökonomische Neuordnung über eine Art gesamtgesellschaftlichen, rationalen Konsens erreicht werden könne. Giddens begriff nicht, dass die „Nachknappheitsordnung“ nicht mit, sondern nur gegen bestimmte Elemente der politischen Gemeinschaft zu erreichen sei. Er appellierte an einen sozialen Gemeinsinn, anstatt zu erkennen, dass dieser weit abseits jeglichen Interesses der neoliberalen Hegemonie stand; deren Profiteure haben nämlich weder Grund noch Interesse, eine „Nachknappheitsordnung“ zu errichten und eben weil sie die Schaltstellen der Macht dominieren, können sie diese auch unterbinden. Eine Nachknappheitsordnung ist daher nicht im Bündnis mit, sondern nur in Abgrenzung zum Neoliberalismus zu überwinden und dafür braucht es die Bildung einer Äquivalenzkette, die sich in Ablehnung der vorherrschenden Ordnung konstituiert. Jeder Versuch eines dauerhaften und rationalen Konsenses unter der Ägide nivellierter gesellschaftlicher Antagonismen zementiert die Benachteiligung der sozial abgehängten Gesellschaftsteile. Ihre Inklusion ist mitnichten über einen „philosophischen Konservatismus“ zu erreichen, sondern nur durch die Überwindung der neoliberalen Hegemonie.

Hinsichtlich der Rolle, die Giddens dem Markt zuteilte, war vom Dritten Weg ebenfalls keine *linke* Alternative zu erwarten: Diesem sollte die Rolle zukommen, in der „Nachknappheitsordnung“ der „Signalgeber“ zu sein. Giddens meinte das zwar nicht in dem Sinne, alles müsse dem ökonomischen Dogma der Effizienz und der Rentabilität untergeordnet werden. Allerdings ging es ihm auch nicht um „die Beschränkung von Marktkräften durch zentrale Instanzen [gehen], sondern [um] die Anregung zu Änderungen des Lebensstils“. Seine Zuversicht schöpfte er dabei aus der Beobachtung, dass insbesondere

in Industriegesellschaften bereits Tendenzen zu einer solchen ökonomischen Neuorientierung vorhanden wären und belegt das mit einer wachsenden Ablehnung des „Konsumerismus“ oder mit einer zunehmenden Skepsis gegenüber einem grenzenlosen Wirtschaftswachstum. Beides brächte derart negative Effekte mit sich, dass sie von keinem Staat oder keinem Konzern außer Acht gelassen werden könnten.<sup>89</sup> Auch hier ignorierte Giddens die hegemoniale Dimension des Politischen. Es ist durchaus diskutabel, dass eine Abkehr vom Primat des Wachstums oder des Konsums auch im Interesse derjenigen sein könnte, die davon gegenwärtig profitieren. Die neoliberale Form der Marktwirtschaft wird aber kaum durch Vertrauen und gutes Zureden zu überwinden sein, akzeptiert doch niemand Profiteinbußen ohne alternative Anreize. Auch hier offenbart sich zunächst Giddens unerschütterlicher Glaube in die Verwirklichung eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Erst später lässt er skeptischere Töne zur Wirkkraft des Marktes verlauten: Der Dritte Weg „sollte Globalisierung nicht mit einem Blankoscheck für den Freihandel gleichsetzen.“ Der Freihandel könne zwar ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein, doch angesichts der sozial und kulturell desaströsen Wirkungen uneingeschränkter Märkte müssten seine weitreichenden Folgen stets genau untersucht werden.<sup>90</sup> Was Giddens jedoch weiter vermied, war eine kritische Analyse der ökonomischen Globalisierung selbst. Anstatt sich mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit deren vermeintliche Objektivität ein Resultat der von ihm ja selbst beschriebenen neoliberalen Dominanz sein könnte, betonte er für seine Politik des Dritten Weges genau die von ihr propagierten Prinzipien: Wettbewerbsfähigkeit und die Generierung von Wohlstand unter den Bedingungen eines globalen Marktes.<sup>91</sup> Insofern übernahm Giddens – wenn auch modifiziert – im Grunde das Verständnis von Kapitalismus und ökonomischer Globalisierung, das auch der Neoliberalismus propagiert. Unter diesen Gegebenheiten kann aber kein linkes Projekt im Sinne einer radikalen und pluralen Demokratie gedacht werden.

Chantal Mouffe sieht eines der zentralen Argumente, das in der neoliberalen Hegemonie jedem Ansinnen sozialdemokratischer Umverteilungspolitik entgegen gehalten wird, in der Globalisierung. Dadurch, dass Kapital heute transnationaler denn je agiere, führten etwa höhere Steuern oder eine Einschränkung der Marktkräfte zu Nebeneffekten, die das Wirtschaftswachstum bremsen. Mit anderen Worten: Konjunkturell bedingte

---

<sup>89</sup> Ebd., S. 331 f.

<sup>90</sup> Giddens: Der dritte Weg, S. 80 f.

<sup>91</sup> Ebd., S. 117.

Entwicklungsprozesse werden zu einer Art historischer Zwangsläufigkeit erklärt. Aufgabe eines linken Projektes müsse aber sein, genau diese behauptete Gesetzmäßigkeit in Frage zu stellen. Der Sozialphilosoph André Gorz habe beschrieben, dass die ökonomische Globalisierung das Ergebnis der Bestrebungen von Großunternehmen gewesen sei, sich politischem Einfluss zu entziehen und selber zu den eigentlichen Zentren der Macht zu werden. Die Sphären der Politik und der Wirtschaft hätten sich getrennt. Unternehmen seien heute zunehmend exterritorial angesiedelt und entzögen sich somit weitgehend staatlichen Einflüssen. Insofern sei es kein Wunder, wenn beispielsweise der Sozialstaat in Finanzierungsnot gerate, sei es doch heute schwieriger denn je, Kapital national zu besteuern.<sup>92</sup> Mouffe teilt diese Auffassung und fordert daher die demokratische Linke auf, sozusagen das „Unmögliche“ zu denken: die Macht des transnationalen Kapitals anzufechten. Auch sie glaubt nicht daran, dass der Nationalstaat allein diese Herausforderung bewältigen könne und fordert daher eine andere, eine linke Form der Globalisierung<sup>93</sup> die die Hegemonie des Neoliberalismus überwindet.<sup>94</sup>

Eben weil der Kapitalismus transnational agiere, könne er nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene gezähmt werden. Der politische Raum sei „gekerbt“, d.h. Machtkonstellationen lassen sich an einer Vielzahl unterschiedlicher Knotenpunkte – lokalen, regionalen, nationalen und globalen – ausmachen. Der „Stellungskrieg“, als welchen ihn der marxistische Philosoph Antonio Gramsci seinerzeit beschrieb, müsse gegen den Neoliberalismus daher auf unterschiedlichen Plattformen und mithilfe verschiedener Strategien organisiert werden. Ein eigener hegemonie-theoretischer Ansatz sei möglich, indem man einen „kollektiven Willen“ durch die Verbindung einer Vielzahl *demokratischer*, teilweise im Widerspruch zueinander befindlicher Kämpfe (ökonomische, politische, soziale und kulturelle) zu einer gemeinsamen Äquivalenzkette schmiede.<sup>95</sup> Speziell für Europa ist Mouffe davon überzeugt, dass eine effektive Antwort auf den Neoliberalismus nur auf gesamteuropäischer Ebene Form anzunehmen beginnen könne.<sup>96</sup> Einen zentralen Kampfplatz sieht sie in der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates als einem der Herzstücke europäischer Identität, und zwar weniger

---

<sup>92</sup> Man denke beispielsweise an internationale Großunternehmen wie Apple oder Google, die nur einen Bruchteil ihrer Steuern in den Ländern zahlen, in denen sie den meisten Umsatz machen.

<sup>93</sup> In dieser Forderung kann man durchaus eine Wiederbelebung der linken Tradition des „Internationalismus“ erkennen.

<sup>94</sup> Mouffe: *The radical centre*, S. 18 f.

<sup>95</sup> Mouffe: *Exodus und Stellungskrieg*, S. 36 f.

<sup>96</sup> *Ebd.*, S. 44.

hinsichtlich seines tatsächlich vorhandenen mehr oder weniger idealen Ist-Zustandes, als vielmehr unter dem Aspekt der Verteidigung von Gleichheit und Umverteilung.<sup>97</sup>

Bei all ihrer Kapitalismuskritik bleibt dennoch festzuhalten: Chantal Mouffe ist keine Gegnerin der Marktwirtschaft an sich. Auch sie weiß um die Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft und um deren Scheitern. Was sie jedoch will, ist die Infragestellung der „gegenwärtigen neoliberalen Form der kapitalistischen Ordnung“. Dabei fordert sie nicht die Überwindung des Kapitalismus an sich, sondern das Kapital sei stärker zur Verantwortung zu ziehen.<sup>98</sup> Des Weiteren lehnt auch sie den Etatismus der „alten Linken“ ab. Es seien schlichtweg Fehlannahmen gewesen, dass eine ständige Ausdehnung staatlicher Befugnisse das Allheilmittel für sämtliche Probleme darstelle oder dass „aus einer erfolgreichen ökonomischen Strategie notwendigerweise eine Kontinuität eindeutig bestimmbarer politischer Effekte“ folge (Ökonomismus).<sup>99</sup> Eine „post-sozialdemokratische Vision“ im Sinne eines *radikaleren* und *pluraleren* Demokratietypus müsse Wohlfahrt und Arbeit im Hinblick auf die Bewältigung anderer Herausforderungen sehen. So seien vordringlich etwa einer Krise der Lohnarbeit und einer wachsenden Lohnungleichheit entgegenzuwirken – und hier lässt sich durchaus eine Parallele zu Giddens Idee einer „Nachknappheitsordnung“ erkennen. Insbesondere das Problem der Arbeitslosigkeit müsse radikaler behandelt werden und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung bei fortschreitender Automatisierung von Arbeitsprozessen oder der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft und damit auch des Arbeitsmarktes – um nur einige wenige Aspekte zu nennen – nicht weiterhin möglich sei und es folglich eines neuen ökonomischen Entwicklungsmodells bedarf. Insbesondere die mit dem technologischen Fortschritt wachsende Kluft zwischen Wertschöpfung und der dazu benötigten Arbeitskraft müsse anerkannt werden. Es sei daher nicht nur eine radikale Reduzierung der Arbeitszeiten notwendig sei, sondern man müsse auch über ein Grundeinkommen für alle Bürger nachdenken.<sup>100</sup> Und zu guter Letzt schlägt sie vor, die Marktwirtschaft dadurch zu pluralisieren, Non-Profit-Aktivitäten, die mit öffentlichen und privaten Ökonomien interagierten, zu unterstützen.<sup>101</sup>

Selbstverständlich kann man verschiedene Frage aufwerfen, ob solche Reformvorschläge überhaupt umsetzbar sind: Ist ein Grundeinkommen finanzierbar? Inwiefern könnte eine massive Reduzierung der Arbeitszeiten einer Wertschöpfung doch schaden? Auch Mouffes

---

<sup>97</sup> Ebd., S. 45 f.

<sup>98</sup> Mouffe: Über das Politische, S. 45.

<sup>99</sup> Laclau und Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 241.

<sup>100</sup> Mouffe: The radical centre, S. 22 f.

<sup>101</sup> Mouffe: Exodus und Stellungskrieg, S. 60.



Radikalitätsanspruch selbst kann man in Zweifel ziehen, denn sie spricht lediglich von anderen Formen des Kapitalismus und der Globalisierung, jedoch nicht von deren Überwindung an sich. Im Prinzip muss auch sie vor der Alternativlosigkeit dieser Phänomene kapitulieren, alles andere wäre wohl auch realitätsfern. Giddens hat es so beschrieben: Der technologische Fortschritt hat der Welt ein Globalisierungsniveau beschert, das die totale Abschottung eines Nationalstaates von der Außenwelt unmöglich macht. Risiken jedweder Art betreffen uns heute globaler denn je. Die Lehre, die man aber aus Chantal Mouffes Theorie ziehen kann, ist: diese Feststellungen ändern nichts an der Tatsache, dass die ökonomische und soziale Globalisierung trotzdem anders gedacht werden kann als in ihrem gegenwärtigen Stadium. Die Sozialdemokratie muss, will sie auch nach 150 Jahren weiter bestehen, sich den brennenden Fragen der Gegenwart stellen: Macht Wirtschaftswachstum um seiner selbst willen überhaupt Sinn? Wie ist damit umzugehen, dass das Ziel der Vollbeschäftigung im klassischen Normalarbeitsverhältnis angesichts der fortschreitenden Technisierung sämtlicher Wirtschaftssektoren wohl nicht mehr erreichbar ist? Und wie handhabt man die transnationale Ausrichtung von Großunternehmen, die in sogenannten Offshore-Finanzplätzen Steuern sparen, anstatt sie in den Ländern zu zahlen, in denen sie Milliarden Umsätze machen und deren Infrastruktur sie nutzen? Der Neoliberalismus wird von seinem Selbstverständnis her diese Fragen wohl kaum stellen, aber dennoch gären unterschiedlichste Antagonismen in den Gesellschaften zahlreicher Staaten weiter wie sie beispielsweise in globalen Protestbewegungen wie „occupy wallstreet“ gegen entfesselte Märkte sichtbar werden. Nimmt sich die demokratische Linke dieser Konflikte nicht an, so verhindert dies deren agonistische Zählung und beschädigt das Fundament der liberalen Demokratie.

### **III. Fazit**

Was bleibt am Ende festzuhalten? Es darf als das große Verdienst Anthony Giddens angesehen werden, auf einer soziologischen Ebene die Krise der sozialen Demokratie erklärt zu haben. Die gesellschaftliche Individualisierung, die Veränderungen im politischen Links-Rechts-Gefüge, der Kapitalismus und die Globalisierung sind das Ergebnis eines, auch von der Sozialdemokratie entscheidend mitgeprägten, technologischen Fortschrittsprozesses, der gesellschaftspolitische Anpassungen erfordert. Die rechten Parteien haben dies schneller erkannt und umgesetzt als die linken und mit der Übernahme des Neoliberalismus viele konservative Dogmen über Bord geworfen, die ihre politische Mehrheitsfähigkeit in einer

posttraditionalen Gemeinschaft gefährdet hätten. Anfang der 1990er Jahre hatte die Sozialdemokratie diesen Modernisierungsprozess erst noch vor sich und Anthony Giddens Dritter Weg sollte diesen ermöglichen. Überkommene linke Ansichten sollten eliminiert, bestimmte Sachzwänge als unumgänglich anerkannt werden. Doch auch wenn es ihm darum ging, einen eigenen sozialdemokratischen Weg jenseits von Sozialismus alter Schule und Konservatismus zu beschreiben, so tat er dies doch unter neoliberalen Vorgaben. Er akzeptierte die gegenwärtige Dominanz der oben beschriebenen Phänomene gleichsam als zwingend und wagte nicht, sie auf eine andere, eine *linke* Art zu denken.

Chantal Mouffe hat uns gezeigt, dass genau das aber im Rahmen einer liberalen Demokratie nicht nur möglich, sondern auch nötig ist. Deren paradoxes Wesen beruht auf einem unüberwindbaren gesellschaftlichen Antagonismus, der verlangt, dass sich unterschiedliche Interessen und Ansichten artikulieren können. Dafür braucht es den Begriff des „Agonismus“ auf Basis der gemeinsamen Werte von Freiheit und Gleichheit. Ist das durch eine Hegemonie nicht möglich, werden eigentlich politisch verhandelbare Sachverhalte als objektiv und unumstößliche Realität dargestellt, dann werden andere Meinungen vom demokratischen Prozess ausgeschlossen und dazu gezwungen, sich außerhalb der liberalen Demokratie auszudrücken. Mouffe postulierte daher, die neoliberale Hegemonie anzufechten und ein „linkes Projekt“ auf Basis radikaler und pluraler Demokratie zu denken. Auch sozio-ökonomische Veränderungen dürften dessen Realisierung nicht verhindern.

Selbstverständlich bleiben auch bei Mouffe Fragen offen. Wie soll beispielsweise ein „linkes Projekt“ aussehen, d.h. wie soll es in der politischen Praxis mit Leben gefüllt werden? Ist der Austausch der neoliberalen zugunsten einer linken Hegemonie überhaupt wünschenswert, besteht doch auch hier die Gefahr, dass die politische Artikulation z.B. rechter Ansichten unterbunden und somit ein „agonistischer Pluralismus“ verhindert wird? Und was sind die Grenzen des „Agonismus“, d.h. soll sich wirklich jede Meinung im politischen Prozess, also auch z.B. die von Rassisten oder religiösen Fundamentalisten, artikulieren dürfen oder sollten hier Grenzen gesetzt werden? Und könnte man vielleicht nicht durchaus den Dritten Weg positiver werten? Mag er zwar ein „linkes Projekt“ aus den Augen verloren haben, aber böte sich mit ihm nicht vielleicht doch die Möglichkeit, die neoliberale Hegemonie sozialdemokratisch zu vereinnahmen?

Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, wollte man auf all diese und noch weitere Fragen Antworten geben. Vielmehr sollte gezeigt werden, dass das seinerzeit von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher für ihre neoliberale Politik propagierte *TINA*

(„there is no alternative“) überwunden werden kann und muss. Die Sozialdemokratie muss sich zwar mit neuen sozio-ökonomischen Herausforderungen auseinandersetzen, aber sie kann diese dennoch auf eine ihr eigene Weise deuten und der Wählerschaft ein originäres politisches Angebot machen. Sie könnte ihre Aufgabe darin sehen, die inner- und außerparlamentarische Interessenvertretung demokratischer Bewegungen aller Art zu sein und dem Streben nach Gleichheit eine Stimme zu geben. Denn Gegner und Skeptiker der Globalisierung dürfen in ihren Sorgen nicht ignoriert, sondern sie müssen in den politischen Prozess eingebunden werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass ihr Widerstand gegen eine bestimmte Entwicklung (im Fall der Globalisierung richtet sich dieser insbesondere gegen deren soziale und ökonomische Folgen) zur Auflehnung gegen das politische System an sich wird. Solange die Antiglobalisierungsbewegung – so wie andere Bewegungen auch, die sich nicht mit der Alternativlosigkeit einer politischen Entscheidung abfinden möchten - sich auf dem Boden der liberalen Demokratie befindet und deren Minimalkonsens als Basis eines Kampfes zwischen „Gegnern“ akzeptiert, solange muss sie als Gegenüber mit einem legitimen Programm anerkannt werden. In einer Demokratie braucht es die harte Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Werten und Auffassungen und sie muss dafür den nötigen Raum schaffen. Tut sie das nicht, so beschränken sich Wahlen nur noch auf die Entscheidung über das bessere Personal, wie es die Politologen Marius Hildebrand und Lluís Martell beschrieben haben.<sup>102</sup> Bei Chantal Mouffes geht es um weit mehr als nur um das „bessere Personal“. So beschreibt sie ihre linke Vision dergestalt: „Wir [die Linken] müssen daher im Sinne der Erzeugung einer neuen Hegemonie denken, im Sinne einer breiten und langfristigen historischen Perspektive [...]. Man muss aber auch die eigenen politischen Antworten deutlich machen, die man angesichts dieser neuen Umstände vorschlägt, um ein linkes politisches Projekt unter veränderten globalen Bedingungen zu entwickeln. Die Zukunft radikaler Politik hängt von dieser Frage ab. Es gibt eine Alternative, und es ist Zeit, den historischen Block zu formen, der diese neue Hegemonie etabliert.“<sup>103</sup>

---

<sup>102</sup> Marius Hildebrand und Conrad Lluís Martell, 2012: The negation of power. From structuration theory to the politics of the Third Way, in: *Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory* 13 (2), S. 198.

<sup>103</sup> Mouffe: *Exodus und Stellungskrieg*, S. 63.

## Literaturverzeichnis

- Beck, Ulrich, Giddens, Anthony und Lash, Scott, 1996:** Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bobbio, Norberto, 1994:** Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin: Wagenbach.
- Giddens, Anthony, 1999:** Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony, 2001:** Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony, 1997:** Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony, 1996:** Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hildebrand, Marius und Martell, Conrad Lluis, 2012:** The negation of power. From structuration theory to the politics of the Third Way, in: Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory 13 (2), S. 187–207.
- Laclau, Ernesto und Mouffe, Chantal, 1991:** Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen.
- Marchart, Oliver, 2005:** Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung, Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal, 2008:** Das demokratische Paradox, Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal, 2005:** Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal, 2007:** Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, S. 41-53.
- Mouffe, Chantal, 1998:** The radical centre. A politics without adversary, in: Soundings 9, S. 11-23.
- Mouffe, Chantal, 2010:** Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

## **Eigenständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

München, den